

Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges*

I. Einleitung

Die Schlüsselstellung der Steinkohle für die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft zwischen 1936 und 1945 ist hinlänglich bekannt und oft beschworen worden. Spätestens seit dem Sommer 1939 blieb die Kohlenlage aufgrund der stetig steigenden Anforderungen der Rüstungsindustrie, des Verkehrs, der Wehrmacht, des Exports und des weiterhin zu deckenden Hausbrandbedarfes der privaten Haushalte gespannt. Angesichts dieses gewaltigen Bedarfs richtete sich an den Steinkohlenbergbau das kriegswirtschaftliche und politische Primat einer möglichst weitgehenden Erhöhung der Kohlenförderung. Dieses galt insbesondere für den Ruhrbergbau, der vor Kriegsbeginn annähernd 70 % der deutschen Steinkohlenförderung sowie über 70 % der Kokserzeugung und auch nach der Annexion des ostoberschlesischen Steinkohlengebietes immer noch fast 50 % der Steinkohlenförderung und über 60 % der Koksproduktion bereitstellte.¹

Das Primat der Fördersteigerung setzte verstärkte Anstrengungen im Bereich der Mechanisierung und betrieblichen Rationalisierung in Gang und führte zu einer intensivierten Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraftressourcen insbesondere durch Verlängerung der Schichtzeiten für Untertagearbeiter und Erhöhung der Schichtzahlen pro Monat, doch waren diese Maßnahmen in ihrer produktionsfördernden Wirkung eher mittelfristig angelegt bzw. schnell ausgeschöpft. Die entscheidende Voraussetzung für eine Sicherung bzw. Steigerung der Steinkohlenproduktion blieb somit die Sicherstellung bzw. zusätzliche Bereitstellung von Arbeitskräften.² Seit dem Sommer 1937 wurde im Ruhrbergbau ein sich in den Folgejahren verschärfender Arbeitskräftemangel konstatiert, der auf einen inzwi-

* Der vorliegende Artikel ist ein Teil- und Zwischenergebnis eines von der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, Bochum, und der RAG Aktiengesellschaft, Essen, geförderten Forschungsprojektes zur Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau während des Zweiten Weltkrieges, das am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wird. Für eine Gesamtübersicht des Forschungsprojektes vgl. Hans-Christoph Seidel: „Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau (ZIB)“. Ein historisches Forschungsprojekt am Institut für soziale Bewegungen, in: Mitteilungsblatt des Institutes für soziale Bewegungen 26 (2001), S. 253-260; Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets (Hg.): Zwangsarbeiterforschung als gesellschaftlicher Auftrag. Eine Veranstaltung der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets in Bochum, Bochum 2001; www.ruhr-uni-bochum.de/isb/.

1 Vgl. hierzu Gerhard Gebhardt: Kohle als Wirtschaftsmotor, in: Ruhr und Rhein Wirtschaftszeitung 20 (1939); Ernst Buskühl: Ausweitung der Steinkohlenwirtschaft, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 3 (1939), S. 25-29; Wilhelm Kord-Ruwisch: Braunkohle und Steinkohle im Wettbewerb, in: Wirtschaft und Arbeit 7 (1938), S. 261-265; zur Förderentwicklung im Ruhrkohlenbergbau vgl. die tabellarische Übersicht bei Paul Wiel: Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets, Essen 1970, S. 126-128.

2 Vgl. dazu beispielsweise das Vortragsmanuskript des Leiters der Bezirksgruppe Ruhrbergbau der Wirtschaftsgruppe Bergbau (im Folgenden Bezirksgruppe Ruhr) und Generaldirektors der Harpener Bergbau AG, Ernst Buskühl, zu einer Versammlung im Bergbau-Verein am 30. 1. 1940, in: Bergbau Archiv Bochum (BBA) 13/1058.

schen leer gefegten regionalen Arbeitsmarkt traf.³ Dazu war die stille Arbeitsmarktreserve der Frauen aufgrund von bergbauspezifischen Restriktionen der Frauenbeschäftigung nur noch stärker eingeschränkt verfügbar, als dies ohnehin für die Industrie galt.⁴ Zuletzt wurden die Instrumente der unmittelbaren Arbeitskräftelenkung vor allem mit Rücksicht auf die seismographisch beobachtete Stimmungslage in den Bergbaurevieren auch an der Ruhr nur sehr zurückhaltend eingesetzt. In die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Notwendigkeit“, die die Möglichkeiten eines Arbeitsplatzwechsels erheblich einschränkte, wurde der Bergbau erst verspätet im Juli 1939 einbezogen. Damit war wenigstens der zuvor massiven Abwanderung von Ruhrbergleuten in andere Wirtschaftszweige einigermaßen wirksam entgegengetreten.⁵ Dagegen wurden die seit dem Juni 1938 zur Verfügung stehenden Mittel der so genannten Dienstpflichtverordnung bis zum Februar 1940 lediglich genutzt, um weniger als 2 000 ehemalige, nun berufsfremd beschäftigte Bergarbeiter und Westwallarbeiter in den Ruhrbergbau zu ziehen.⁶

Die prekäre Situation des „Arbeitseinsatzes“ im Ruhrbergbau verwies Arbeitseinsatzverwaltung, Bergbaubürokratie und Ruhrbergbau seit Ende 1938 zunehmend darauf, die Möglichkeiten einer Anlegung von ausländischen Arbeitskräften an der Ruhr auszuloten. Der folgende Beitrag untersucht die Ausländerbeschäftigung im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges unter drei systematischen Gesichtspunkten.⁷ Erstens wird die quantitative Entwicklung der

3 Zur prekären Situation des Ruhrbergbaus auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere seiner Benachteiligung gegenüber der benachbarten Eisen- und Stahlindustrie vor Kriegsbeginn vgl. insbesondere Klaus Wisotzky: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983.

4 Bei Kriegsbeginn waren im gesamten Ruhrbergbau lediglich 260 Arbeiterinnen, zumeist vermutlich Reinigungskräfte, beschäftigt. Erst seit dem Sommer 1942 erreichte die Frauenbeschäftigung einen nennenswerten Umfang. Ende 1944 waren im Ruhrbergbau ca. 14 200 Frauen beschäftigt, total und in der Relation deutlich weniger als im Ersten Weltkrieg. Vgl. zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung im Ruhrbergbau die Industrieberichte der Bezirksgruppe Ruhr, in: BBA 13/2212; die Angabe für 1944 in einem Schreiben der Reichsvereinigung Kohle (RVK) an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 16. 11. 1944, in: BBA 15/284; vgl. außerdem Bernhard *Schnoepf*: Arbeitsreserven im Ruhrgebiet, in: Ruhr und Rhein Wirtschaftszeitung 20 (1939), S. 510f.

5 Vgl. dazu den wirtschaftlichen Lagebericht des Oberbergamtes Dortmund (OBA) an die Abteilung II (Bergabteilung) des Reichswirtschaftsministeriums vom 12. 4. 1939, in: Staatsarchiv Münster (STAMS) Bergämter 6942.

6 Vgl. Fragebogen Arbeitseinsatz Ruhrbezirk vom Februar 1940, in: BBA 13/1525. Außerdem wurden noch ca. 2 500 Saarbergleute unmittelbar nach Kriegsbeginn aus den stillgelegten Zechen der sog. Roten Zone des Saargebietes für die Ruhr dienstverpflichtet, nachdem man zunächst die Dienstverpflichtung von mindestens 8 000 Saarbergleuten avisiert hatte. Diese Dienstverpflichtungen waren aber von vornherein auf den Zeitraum bis zur Wiederinbetriebnahme der saarländischen Zechen beschränkt, und ein besonderer Druck wurde auf die Saarbergleute nicht ausgeübt. Vgl. dazu STAMS Oberpräsidium 5175 und 5199.

7 Die Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrbergbau sind bisher noch nicht umfassend bearbeitet, doch zu einzelnen Aspekten liegen Arbeiten vor. Schon die bahnbrechende Studie von Ulrich *Herbert*: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, erw. Neuauflage Bonn etc. 1999, greift den Ruhrbergbau als ein empirisches Beispiel heraus. Der Masseneinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen im Ruhrbergbau wird in der ebenso bahnbrechenden Untersuchung von Christian *Streit*: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, Bonn 1997, in seinen Grundzügen dargestellt. Als Beispiel für eine lokale Studie für einen Bergbaustandort bzw. eine Zeche vgl. Heinz *Weischer*: Russenlager. Russische Kriegsgefangene in Heessen (Hamm) 1942-1945, Essen 1992; auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter bei der Hibernia A.G. konzentriert sich jetzt die Magisterarbeit von Thomas *Urban*: Über Leben und Sterben von Zwangsarbeitern im Ruhrbergbau, Münster 2002.

Ausländerbeschäftigung differenziert nach Nationalitäten und dem Typus der Rekrutierung dargestellt. Zweitens wird die Entwicklung der generellen Haltung des Ruhrbergbaus zum „Ausländereinsatz“ im Zeitverlauf thematisiert. Drittens werden Haltung und Politik des Ruhrbergbaus hinsichtlich der Anwendung von Formen des Arbeitszwanges beim „Ausländereinsatz“ und damit auch die Haltung zu verschiedenen Formen von Zwangsarbeit diskutiert. Diese Fragestellungen werden hier weitgehend auf der Ebene des gesamten Ruhrbergbaus, d. h. konkret vor allem auf der Ebene der Bezirksgruppe Ruhr, und nicht auf der Ebene einzelner Bergwerksgesellschaften und Zechen verfolgt. Damit stehen hier stärker allgemeine Tendenzen und Entwicklungen und weniger Brüche und Differenzierungen innerhalb des Ruhrbergbaus zur Betrachtung. Diese hier gewählte Betrachtungsebene und -perspektive bedeutet ebenso einen weitgehenden Verzicht auf die Darstellung der konkreten Arbeits- und Lebenssituation der ausländischen Arbeiter in den einzelnen Zechen und Bergwerkbetrieben.⁸

Diesen Fragen wird im Folgenden in drei chronologischen Schritten nachgegangen, von denen der erste die Vorkriegszeit, der zweite die Periode vom Kriegsbeginn bis zum Winter 1941/42 und der dritte schließlich die Zeit bis Kriegsende behandelt.

II. Ausländerbeschäftigung vor Kriegsbeginn

Bis zum Ende des Jahres 1938 war die Ausländerbeschäftigung im Ruhrbergbau eine randständige Größe. Ausweislich einer Aufstellung der Bezirksgruppe Ruhr beschäftigten die Steinkohlenzechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund im Oktober 1937 8 640 ausländische Staatsangehörige, was einem Anteil von 2,8 % an der Arbeiterbelegschaft entsprach. Die größte nationale Gruppe bildeten die Tschechoslowaken mit fast 3 000 an der Ruhr tätigen Bergleuten, gefolgt von den Jugoslawen und Österreichern, die beide die Tausendergrenze überschritten, und jeweils einigen hundert Holländern, Polen, Italienern und Ungarn.⁹ Dabei handelte es sich offensichtlich um schon längere Zeit im Ruhrbergbau oder wenigstens im Deutschen Reich ansässige Bergleute und keineswegs um Arbeitskräfte, die durch die einsetzende Rüstungskonjunktur an die Ruhr gespült worden waren, denn nach Ermittlungen des Oberbergamtes Dortmund hatten die Zechen in den Jahren 1936 bis 1938 lediglich 500 Bergleute aus ausländischen Revieren angelegt, davon etwa die Hälfte aus Holland. Diese Arbeitskräfte waren allerdings zumeist, wie das Oberbergamt wohl zu Recht vermutete, deutsche Rückwanderer, die in den Krisenjahren Arbeit im ausländischen Bergbau gesucht und gefunden hatten und nun die Arbeitskraftnachfrage der Rüstungskonjunktur zur Rückkehr nutzten.¹⁰ Der weiteren Anlegung von Auslän-

⁸ Diesen hier nicht behandelten Fragen geht der Autor jedoch u. a. innerhalb eines größeren Projektzusammenhanges nach.

⁹ Vgl. Bezirksgruppe Ruhr, Zusammenstellung der Belegschaft nach Nationalitäten am 27. Oktober 1937, in: BBA 13/2025.

¹⁰ Allerdings bezogen sich die Ermittlungen des Oberbergamtes nur auf so genannte „wurmgefährdete“ Gebiete, also Bergbaureviere, in denen noch die im Deutschen Reich nicht mehr auftretende

dem standen in diesen Jahren verschiedene ideologische, arbeitsmarktpolitische und bergpolizeiliche Hindernisse entgegen, von entscheidender Bedeutung waren jedoch vor allem die finanzpolitischen Schwierigkeiten bei Lohntransfers für das devisenschwache Deutsche Reich. Da für die Ausländer nur eine befristete Beschäftigung im Reich vorgesehen war, hatten sie einen Teil ihres Lohnes in ihr Heimatland zu transferieren, wofür vom Deutschen Reich Devisen hätten bereitgestellt werden müssen, da die Reichsmark nicht frei konvertierbar war.¹¹

Erst gegen Ende des Jahres 1938 ergriffen die für die Förderplanung zuständigen Stellen weitere Initiativen zur Anlegung ausländischer Arbeiter im deutschen Bergbau. Zunächst gerieten die Bergbaugebiete in der ehemaligen Tschechoslowakei in das Blickfeld. Die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums betrieb seit dem November 1938 die Anwerbung von 5 000 arbeitslosen tschechischen und slowakischen Arbeitern aus der Gegend um Teplitz-Schönau und Brüx in den Eisenerz- und Metallerzbergbau des Altreiches. Die Bezirksgruppe Ruhr meldete anlässlich einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium nach Rücksprache mit den ihr angehörenden Bergwerksgesellschaften einen Bedarf von ca. 2 000 Mann an, sofern diese die deutsche Sprache beherrschten und es sich nicht um Langzeitarbeitslose handelte.¹² Schließlich fanden seit dem Frühjahr 1939 bis zum Kriegsbeginn ca. 2 000 tschechische und slowakische Bergleute an der Ruhr Arbeit, die allerdings nicht, wie zunächst angestrebt, aus dem Sudetenland, sondern aus dem neu gebildeten Protektorat oder auch den nordfranzösischen und belgischen Steinkohlerevieren kamen. Viele dieser Arbeiter wandten sich aber schon nach kurzer Zeit wegen der oben erwähnten Schwierigkeiten beim Transfer ihrer Löhne wieder ab.¹³

Daneben schaffte die Abhängigkeit der italienischen Kohleversorgung von Importen aus Deutschland für die deutsche Seite gute Voraussetzungen, sich um italienische Arbeitskräfte zu bemühen. Über den gesamten Sommer 1939¹⁴ erstreckten sich Verhandlungen der Deutschen Arbeitsfront und des von Göring zum Leistungsbeauftragten für den Kohlenbergbau ernannten ehemaligen Arbeitsfront-Funktionärs Paul Walter mit den italienischen Stellen in Rom

Wurmkrankheit verbreitet war. Dies traf aber auf die meisten west-, ost- und südeuropäischen Bergbauregionen zu. Vgl. OBA an Bezirksgruppe Ruhr vom 17. 4. 1939, in: STAMS Bergämter 7282; OBA an die Bergrevierbeamten vom 14. 2. 1939 u. 15. 4. 1939, in: ebd.

11 Vgl. dazu Horst Kabrs: Die Verstaatlichung der polnischen Arbeitsmigration nach Deutschland in der Zwischenkriegszeit, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11 (1993), S. 130-194, hier S. 144.

12 Vgl. Leiter der Bezirksgruppe Ruhr, Buskühl, an die Mitgliedsgesellschaften vom 10. 11. 1938, in: BBA 15/266; Rundschreiben der Bezirksgruppe vom 17. 1. 1939, in: BBA 20/242; eine Aufstellung von Ende Februar 1939 gibt den Sofortbedarf der Ruhrzechen an tschechischen Arbeitern mit 2 217 und den weiteren Bedarf bis Ende des Jahres mit 5 417 an, in: BBA 15/266.

13 Vgl. dazu Fragebogen Arbeitseinsatz im Ruhrbezirk vom Februar 1940, in: BBA 13/1525; Betriebsbericht der Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG) 1938/39, in: BBA 55/607; Wirtschaftlicher Lagebericht des Oberbergamtes Dortmund vom 10. 6. 1939, in: STAMS Bergämter 6949; Essener Steinkohlenbergwerke an Bergrevierbeamten Lünen am 27. 10. 1939, in: STAMS Bergämter 5882. Reichskohlenkommissar Walter plante Ende August 1939 die Überführung von 16 000 tschechischen und 8 000 slowakischen Bergarbeitern aus den nordfranzösischen und belgischen Revieren in den deutschen Bergbau (Niederschrift über eine Besprechung im Gemeinschaftshaus der DAF am 30. 8. 1939 in Berlin, BBA 15/243).

14 Bereits im Spätsommer 1938 hatte sich die Krupp'sche Bergbauverwaltung auf Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums um italienische Arbeitskräfte bemüht, war aber an Devisenproblemen beim Lohntransfer gescheitert. Vgl. Bergbauverwaltung Krupp an RWM am 21. 6. 1939, in: BBA 25/116.

mit dem Ziel, 10 000 italienische Arbeitskräfte im Tausch für eine Aufstockung der deutschen Kohlelieferungen an Italien an die Ruhr zu holen. Der Ruhrbergbau bereitete sich seit Ende Juli 1939 auf die Unterbringung von 10 000 italienischen Arbeitskräften vor, und Mussolini hatte Ende August die Verschickung von sardischen Bergleuten nach Deutschland angeordnet, als der Kriegsausbruch die Voraussetzungen änderte und den Arbeitskräftetransfer zunächst blockierte.¹⁵

Damit beschränkte sich der Ausländerzuwachs der Belegschaften im Ruhrbergbau seit Jahresbeginn 1939 bis zum Kriegsausbruch neben den erwähnten gut 2 000 Tschechen und Slowaken auf ca. 1 000 Jugoslawen und einige hundert Ungarn, über deren Anwerbung aus den Akten nichts hervorgeht, und einige hundert Nationalpolen, die die Quellen als „Flüchtlinge“ bezeichnen, zusammen insgesamt gut 4 000 Arbeiter.¹⁶ Insgesamt zählte die Ausländerbelegschaft des Ruhrbergbaus bei Kriegsbeginn ca. 10 000 Köpfe.

Der Ruhrbergbau selbst betrieb keine aktive Politik zur Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Ernst Buskühl als Leiter der Bezirksgruppe fand es schon Ende 1938 in einem Schreiben an die Wirtschaftsgruppe Bergbau bedauerlich, dass der Bergbau gezwungen sei, tschechische Bergarbeiter zu übernehmen.¹⁷ Die Initiative zur Anwerbung von Ausländern lag zunächst bei der für die Förderplanung zuständigen Bergbauverwaltung im Reichswirtschaftsministerium und ging seit dem Sommer 1939 vor allem an den von Göring und Ley protegierten Leistungsbeauftragten für den Bergbau, Paul Walter, über, der versuchte, bestehende Ansätze der Ausländerwerbung zu beschleunigen und auszuweiten. Die wichtigste Aufgabe des am 4. August 1939 von Göring berufenen Walter war die Bereitstellung der fehlenden Arbeitskräfte für den Kohlenbergbau.¹⁸ Der Ruhrbergbau verhielt sich demgegenüber äußerst zurückhaltend und zeigte sich mehr aus politischen Gründen denn aus Überzeugung zur Anlegung von Ausländern bereit. So bemerkte Walter Tengemann, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke, auf einer Beiratssitzung der Bezirksgruppe im Juli 1939 hinsichtlich der geplanten Anlegung von 10 000 Italienern, dass vorbereitende Maßnahmen zur Aufnahme dieser Arbeitskräfte unerlässlich seien, damit dem Bergbau später keine Vorwürfe gemacht werden könnten.¹⁹ Diese defensive Position erklärt sich einerseits aus der unsicheren politischen Situation im Sommer 1939, in der es unklar blieb, welche Förderleistungen tatsächlich vom Ruhrbergbau erwartet wurden, und andererseits aus den erwarteten Problemen beim Einsatz von Ausländern, die vor allem in der Kostenfrage, der ausreichenden

15 Vgl. dazu den Bericht des Bergassessors Reinke, Zeche Victor-Ickern, Klöckner-Werke, über die Beiratssitzung der Bezirksgruppe Ruhr vom 25. 7. 1939, in: BBA 25/116; Niederschrift über eine Besprechung am 30. 8. 1939 im Gemeinschaftshaus der DAF in Berlin, in: BBA 15/243. Vgl. weiter die Darstellung bei Bruno *Mantelli*: Zwischen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und Kriegswirtschaft. Die Anwerbung der italienischen Arbeiter für das „Dritte Reich“ und die Achse „Berlin-Rom“ 1938-1943, in: Cesare *Bermani* u. a. (Hg.): Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937-1943, Berlin 1997, S. 253-391, hier S. 318-323.

16 Vgl. Fragebogen Arbeitseinsatz Ruhrbezirk, Februar 1940, in: BBA 13/1525. Bei den als „Nationalpolen“ und „polnische Flüchtlinge“ bezeichneten Arbeitern handelte es sich möglicherweise um polnische Staatsangehörige deutschen „Volkstums“.

17 Vgl. ein Schreiben Buskühls als Leiter der Bezirksgruppe an den Generaldirektor der Preussag, Bergassessor Heinrich Wisselmann, vom 19. 11. 1938, in: BBA 15/251.

18 Vgl. Göring an Paul Walter vom 4. 8. 1939, in: STAMS Bergämter 7498.

19 Niederschrift der Beiratssitzung der Bezirksgruppe vom 25. 7. 1939, in: BBA 13/1818.

Qualifizierung und den Fluktuationserfahrungen mit Wanderarbeitern gesehen wurden.²⁰ Die vordringliche Aufgabe zur Lösung des Arbeitskräfteproblems dagegen sah man an der Ruhr erstens in der Sicherung der vorhandenen Belegschaft gegen die Abwanderung in andere Industrien sowie gegen die Einberufung zum Militär und Reichsarbeitsdienst und zweitens in der Ausschöpfung anderer Möglichkeiten der Arbeitskräfterekrutierung. In einer Sitzung des sog. Kleinen Ausschusses zur Beratung wichtiger Fragen der Bezirksgruppe, eines prominent besetzten Beratungs- und Entscheidungsgremiums des Ruhrbergbaus, zu Arbeitseinsatzfragen von Ende August 1939 wurde die Dienstverpflichtung berufsfremd beschäftigter Bergleute, die Werbung von Westwall- und Autobahnarbeitern und die Rückführung von deutschen Bergarbeiterfamilien diskutiert. „Über den Einsatz ausländischer Arbeiter wird ebenfalls kurz gesprochen“, vermerkt das Protokoll der Sitzung, „jedoch tritt diese Frage gegenwärtig hinter den anderen Einsatzmöglichkeiten zurück.“²¹ Der Arbeitersofortbedarf des Ruhrbergbaus wurde kurz vor Kriegsbeginn mit 18 079 Mann beziffert, bis zum Jahresende einschließlich des Sofortbedarfs auf 34 462 Mann.²²

III. Die Ausländerbeschäftigung seit Kriegsbeginn bis zum Winter 1941/42

Die quantitative Entwicklung

Der Kriegsbeginn verstärkte die defensive Haltung des Ruhrbergbaus zur Ausländerrekrutierung noch. Die kurz vor dem Abschluss stehende Anwerbung italienischer Arbeitskräfte – die Arbeitskräfte standen in Italien schon bereit – wurde nicht zuletzt auf Drängen des Ruhrbergbaus zunächst gestoppt,²³ und auch weitere Initiativen zur Ausländerrekrutierung wurden zunächst nicht entwickelt. Dies hatte verschiedene Gründe. Anders als im August 1914, als der Ruf zu den Fahnen die Belegschaften an der Ruhr schlagartig um 27 % und damit die Kohlenförderung um ca. 50 % reduziert hatte, führte der 1. September 1939 weder zu einer wesentlichen Reduzierung der Belegschaften durch Einberufungen noch zu nennenswerten Einbrüchen der Förderung. Sowohl Untertagebelegschaft als auch Kohlenförderung gingen im September gegenüber dem August nur um jeweils ca. 3 % zurück, und während die Untertagebelegschaft im November wieder das Niveau des Augusts erreicht hatte, übertraf die Förderung bereits im Oktober wieder die des letzten Vorkriegsmonats.²⁴ Ein besonde-

20 Vgl. das Protokoll einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium über Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Steinkohlenförderung am 18. 7. 1939, in: BBA 15/423.

21 Vgl. Niederschrift der Sitzung des Kleinen Ausschusses vom 25. 8. 1939, in: BBA 13/1049.

22 Vgl. diese Angabe in einem Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums (RWM) an das Reichsarbeitsministerium (RAM) vom 19. 8. 1939, in: BBA 15/256.

23 Vgl. hierzu das Rundschreiben der Bezirksgruppe Ruhr an die Bergwerksdirektoren vom 11. 9. 1939, in: BBA 20/409; Protokoll der Sitzung des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe vom 12. 9. 1939, in: BBA 13/1049; Aktennotiz des Bergassessors Hartmann (Bezirksgruppe) über eine Besprechung mit Vertretern der Deutschen Arbeitsfront und des Büros Walter vom 12. 10. 1939, in: BBA 15/265; vgl. auch *Mantelli*, Strukturwandel (wie Anm. 15), S. 323f.

24 Vgl. die entsprechenden Angaben in den geheimen wöchentlichen statistischen Angaben aus dem Ruhrkohlenbergbau für die Vorstandsmitglieder der Bezirksgruppe Ruhr, in: BBA 25/229; zur

rer, durch den Kriegsausbruch hervorgerufener Ersatzbedarf an Arbeitskräften existierte also nicht.

Weiterhin vergrößerte der Kriegsbeginn die ohnehin bestehenden Unsicherheiten über die von der Ruhr tatsächlich erwarteten Fördermengen. Der Kriegsbeginn hatte die MOB-Aufgabe der Ruhr von 428 000 Tagestonnen (tato) hinfällig werden lassen, und auch die nach einigen Wochen vom Reichswirtschaftsministerium festgelegte Kriegsaufgabe von 450 000 tato musste nach kurzer Zeit wegen Schwierigkeiten bei der Eisenzuteilung für den Bergbau wieder zurückgezogen werden. Darüber hinaus war unklar, welche Fördermengen von den anektierten ostoberschlesischen Zechen zu erwarten waren und wie sich dies auf die Förderaufgabe der Ruhr auswirken würde. Zudem standen für den akuten Arbeitskräftebedarf nach Kriegsausbruch Bergleute aus dem Saargebiet bereit, deren grenznahe Zechen stillgelegt waren und die für den Ruhrbergbau dienstverpflichtet wurden.²⁵ Im Winter 1939/40 sorgte schließlich eine zum Teil durch Witterungsbedingungen und zum Teil durch ungenügende Waggongestellung der Reichsbahn bedingte Transportkrise dafür, dass die geförderte Kohle nicht abgefahren werden konnte und auf manchen Zechen sogar Feierschichten notwendig wurden. Vor dem Hintergrund unklarer Förderaufgaben und der Transportkrise bestand keinerlei Neigung, ausländische Arbeiter zu rekrutieren.²⁶ Erst im Frühjahr 1940, als sich die Transportprobleme an der Ruhr weitgehend gelöst hatten, dagegen in Oberschlesien anhielten und klar war, dass vom Ruhrbergbau die Erfüllung seines Förderprogramms in voller Höhe gefordert wurde, stellte sich die Frage des Ausländereinsatzes wieder aktuell. Bis zum Sommer des Jahres wurden in drei größeren Sonderaktionen Arbeitskräfte aus Polen, Italien und dem besetzten Belgien und Nordfrankreich sowie außerdem französische Kriegsgefangene im Ruhrbergbau angelegt. Von Frühjahr bis Herbst 1941 schlossen sich drei weitere größere Rekrutierungsaktionen nochmals in Italien, in Kroatien und in der Gegend um Lemberg an.

Die quantitative Entwicklung der Ausländerbeschäftigung im Ruhrbergbau bis zum Winter 1941/42 lässt sich relativ exakt nachzeichnen, weil sie fast ausschließlich durch zentrale so genannte „Sonderwerbeaktionen“ bestimmt war. Der Arbeitskräftebedarf der einzelnen Zechen und Bergbaugesellschaften wurde vor allem auf der Grundlage des den Zechen zugewiesenen Fördersolls zentral durch die Bezirksgruppe Ruhr und das Oberbergamt als Koordinierungsstellen ermittelt. Diese Bedarfsermittlungen bildeten die Grundlage für die Festlegung von Arbeitskräftekontingenten für den gesamten Ruhrbergbau, die durch besondere Werbekommissionen im Ausland zu rekrutieren waren. Die Verteilung der innerhalb von derartigen Sonderaktionen rekrutierten Arbeitskräfte auf die einzelnen Zechen und Bergwerksgesellschaften übernahm dann wieder die Bezirksgruppe Ruhr.²⁷

Situation nach Kriegsausbruch 1914 vgl. Karin *Hartewig*: Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914-1924, München 1993, S. 44f.

²⁵ Zunächst rechnete der Ruhrbergbau mit ca. 8 000 Saarbergleuten, schließlich angelegt wurden ca. 2 500, die nach Beendigung des Frankreichfeldzuges auf ihre Gruben an der Saar zurückkehrten. Vgl. dazu STAMS Oberpräsidium 5175 und 5199.

²⁶ Vgl. dazu z. B. das Schreiben des Bergassessors Hartmann, Bez.-Gr. Ruhr, an Bergassessor Hölling, Wirtschaftsgruppe Bergbau, vom 19. 1. 1940, BBA 15/254.

²⁷ Neben diesen zentral gesteuerten „Sonderwerbeaktionen“ bekamen die Zechen auch von den zuständigen Arbeitsämtern vereinzelt ausländische Arbeitskräfte angeboten.

Im Einzelnen wurden folgende Gruppen ausländischer Arbeiter seit Kriegsbeginn bis zum Jahreswechsel 1941/42 im Ruhrbergbau angelegt:²⁸

5 310 polnische Arbeiter, die von April bis Juli 1940 in der Gegend um Litzmannstadt und im neuen Regierungsbezirk Kattowitz rekrutiert wurden, 18 488 so genannte „Westarbeiter“, die seit dem Juli 1940 bis zum Frühjahr 1941 in den belgischen und nordfranzösischen Kohlerevieren, hauptsächlich in der Gegend um Lille, Charleroi und Lüttich sowie in der Campine, angeworben wurden,

insgesamt 14 040 italienische Arbeitskräfte, die in zwei Aktionen von Mai bis Juni 1940 und dann wieder seit dem April 1941 an die Ruhr kamen,

14 434 kroatische Arbeiter seit dem Mai 1941,

11 299 „Galizier“, dies waren Arbeitskräfte größtenteils ukrainischer, teils polnischer Nationalität, die von Oktober 1941 bis Frühjahr 1942 aus der Gegend um Lemberg im Distrikt Galizien des Generalgouvernements kamen, also aus einer Region, die bis 1939 zu Polen und anschließend bis zum Überfall auf die Sowjetunion zu dieser gehört hatte,

171 holländische Jugendliche, die im Frühjahr 1941 geworben wurden,²⁹

1 535 Dänen, die innerhalb einer so genannten „Sonderaktion Stinnes“ rekrutiert wurden,³⁰ sowie

12 918 oberschlesische Bergleute, hauptsächlich so genannte „Volkspolen“, aber zum kleineren Teil auch „Volksdeutsche“, die im Frühjahr 1941 durch Dienstverpflichtung für die Dauer von drei Monaten von ihren oberschlesischen Zechen an die Ruhr abgeordnet wurden.³¹

Hinzu kamen bis zum Jahresende 1941 insgesamt ca. 2 000 – überwiegend französische und nur sehr wenige belgische – Kriegsgefangene, die seit dem Spätsommer 1940 auf den Zechanlagen eingesetzt wurden.³² Damit wurden vom Kriegsbeginn bis zur Jahreswende 1941/42 insgesamt ca. 80 000 ausländische Arbeitskräfte im Ruhrbergbau angelegt.

Über die Entwicklung des Anteils der Ausländer an der gesamten Arbeiterbelegschaft im Jahre 1941 gibt die folgende tabellarische Übersicht Auskunft.³³

28 Vgl. dazu die Aufstellung in den Sozialpolitischen Informationen Nr. 5/42 der Reichsvereinigung Kohle, in: BBA 13/1791.

29 Seit Beginn des Jahres 1941 wurden in den Niederlanden in Reaktion auf das Nachwuchsproblem des Ruhrbergbaus holländische Jugendliche geworben, die im Ruhrbergbau eine Art zweijährige Schmalspurausbildung ohne Lehrvertrag für bergmännische Hilfsarbeiten erhalten sollten, um anschließend entsprechend dieser Ausbildung dauerhaft im Ruhrbergbau eingesetzt zu werden. Diese Absicht scheiterte komplett. Es ließen sich nur wenige Jugendliche anwerben, und die wenigen Angeworbenen kehrten bald wieder um. Im Mai 1942 waren von den oben aufgeführten 171 Jugendlichen nur noch 19 beschäftigt. Vgl. die Niederschrift einer Sitzung des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe Ruhr am 10. 2. 1941, in: BBA 13/1049; Sozialpolitische Informationen der RVK 5/1942, in: BBA 13/1791.

30 Über diese „Arbeitseinsatzaktion“ ist bisher wenig bekannt. Allgemein zur Beschäftigung von Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft vgl. Therkel *Straede*: „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft, 1940-1945, in: Ulrich *Herbert* (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 140-171.

31 Vgl. dazu den Schlussbericht des Bergassessors Pyrkosch von der Bezirksgruppe Oberschlesien zu dieser Aktion vom 22. 5. 1941, in: BBA 15/253.

32 Vgl. dazu die Meldungen der Bezirksgruppe Ruhr über den Belegschaftswechsel im Ruhrbergbau, in: BBA 13/2225 und 13/2226.

33 Die monatliche Belegschaftsstatistik des Ruhrbergbaus gibt seit dem Januar 1941 Auskunft über den Ausländeranteil an der Gesamtbelegschaft.

Tabelle 1: *Ausländische Arbeiter im Ruhrbergbau am viertletzten Arbeitstag des Monats, 1941³⁴*

Monat	zivile Ausländer	Kriegs- gefangene	zusammen	Arbeiterbeleg- schaft insgesamt	Ausländeranteil Arbeiterbeleg- schaft
1/41	17 120	956	18 076	324 791	5,57 %
4/41	25 973	1 703	27 676	324 769	8,52 %
5/41	35 919	1 937	37 856	327 981	11,54 %
6/41	40 456	1 853	42 309	328 845	12,87 %
9/41	26 505	1 772	28 277	318 093	8,89 %
12/41	32 298	1 854	34 152	323 144	10,57 %

Insbesondere die von Anfang an sehr starke Fluktuation der ausländischen Arbeitskräfte, die weiter hinten thematisiert wird, wird daraus deutlich. Von den geschätzten knapp 10 000 bei Kriegsbeginn angelegten und den ca. 80 000 seit Kriegsbeginn rekrutierten ausländischen Arbeitskräften waren am Ende des Jahres 1941 nur noch gut 34 000 Männer, denn um diese handelte es sich bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich, beschäftigt. Der Anteil der Ausländer an der Arbeiterbelegschaft stieg von geschätzten ca. 3 % bei Kriegsbeginn langsam seit dem Sommer 1940 bis zum Jahresende auf etwa 5 %, wurde durch die Rekrutierungsaktionen im Frühjahr 1941 auf über das Doppelte hinaufgetrieben, um seit dem Sommer durch das Auslaufen zahlreicher Arbeitsverträge und die steigende Zahl von Kontraktbrüchen zunächst wieder zu sinken.

Für den „Ausländereinsatz“ im Ruhrbergbau bis zum Jahresende 1941 lassen sich im Wesentlichen die folgenden Rekrutierungsformen unterscheiden.

- Die aus „befeundeten“ Staaten stammenden Italiener und Kroaten wurden auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen angeworben, die, wenigstens im Falle Italiens, auf der Geschäftsgrundlage „Kohle gegen Arbeitskräfte“ beruhten. Die zwischenstaatlichen Vereinbarungen regelten die Anwerbekontingente und die wesentlichen Arbeitsbedingungen in Deutschland wie Lohn, Unterbringung oder Vertragsdauer, die in aller Regel ein halbes bis ein Jahr betrug. An den direkten Rekrutierungsmaßnahmen war die deutsche Seite kaum unmittelbar beteiligt, der Ruhrbergbau gar nicht.³⁵
- Die Rekrutierungen für den Ruhrbergbau in den von Deutschland besetzten Gebieten richtete sich vor allem auf die dortigen Steinkohlenreviere in Ostoberschlesien bzw. in Nord-Pas de Calais und die belgischen Reviere, wohingegen das niederländische Steinkohlenrevier um Limburg fast ausschließlich ein Rekrutierungsgebiet für das Aachener Wurmrevier blieb.³⁶ Die Rekrutie-

34 Zusammengestellt nach den monatlichen Meldungen des Ruhrbergbaus bzw. der Bezirksgruppe Ruhr über den Belegschaftswechsel.

35 Zu den Rekrutierungen der italienischen Zivilarbeiter vgl. vor allem *Mantelli*, Strukturwandel (wie Anm. 15); daneben auch Ralf *Lang*: Italienische „Fremdarbeiter“ im nationalsozialistischen Deutschland 1937-1945, Frankfurt a. M. etc. 1996. Zur Rekrutierung kroatischer Arbeitskräfte liegt meines Wissens bisher keine brauchbare Spezialstudie vor. Zu den deutsch-kroatischen Verhandlungen vgl. im Bundesarchiv Berlin (BAB) aus dem Bestand des Reichsarbeitsministeriums (Bestand alt 41) die Signaturen 469 und 480.

36 Zu Aspekten der Ausländerbeschäftigung im Aachener Bergbau vgl. jetzt Thomas *Müller*: Zwangsarbeit im Kreis Aachen, Aachen 2002 (Ms.). Es handelt sich dabei um eine vom Kreis Aachen

rung erfolgte durch besondere Werbekommissionen, die von Beamten der staatlichen Arbeitseinsatzverwaltung geleitet wurden, an denen der Ruhrbergbau durch Vertreter der Zechen und Knappschaftsärzte jedoch unmittelbar beteiligt war. Relativ gut dokumentiert ist vor allem die Rekrutierungsaktion vom Frühjahr und Frühsommer 1940 im Regierungsbezirk Kattowitz und in Litzmannstadt, bei der arbeitslos gemeldete Männer auf die Arbeitsämter bestellt wurden, um von den Anwerbekommissionen gemustert zu werden. Bis Anfang Mai waren der Kommission insgesamt 9 601 Arbeitskräfte vorgestellt worden, von denen 3 734 für bergbautauglich befunden wurden, insgesamt kamen schließlich etwa 5 300 Arbeiter aus dieser Aktion an die Ruhr.³⁷ Nach den Berichten von Mitgliedern der Anwerbekommissionen war die Einstellung der vorgestellten Arbeitskräfte zu den Rekrutierungen durchaus unterschiedlich. So gewann ein Mitglied der Kommission den Eindruck, im Arbeitsamtsbezirk Sosnowitz würden die oft bereits seit fünf Jahren arbeitslosen „volkspolnischen“ Arbeitskräfte gerne ins Ruhrgebiet kommen, während die größtenteils „volksdeutschen“ Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Rybnik alle möglichen Ausflüchte machen würden, um nicht in den Ruhrbergbau zu müssen.³⁸ Insgesamt scheinen die Möglichkeiten, sich der Rekrutierung für den Ruhrbergbau zu entziehen, zu diesem Zeitpunkt noch relativ groß gewesen zu sein, zumal „Anwerbeaktionen“ für andere Großprojekte zeitgleich liefen. Längst nicht alle Arbeitslosen, die die Arbeitsämter einbestellt hatten, kamen der Aufforderung nach, nur etwa ein Drittel der Vorgestellten wurde angemustert, und längst nicht alle Angemusterten reisten schließlich auch ins Ruhrgebiet ab.³⁹ Die konkreten Arbeitskräfterekrutierungen für den Ruhrbergbau unter Federführung des Reichsarbeitsministeriums vom Spätsommer 1940 bis zum Frühjahr 1941 in den französischen Departements Nord und Pas-de-Calais sowie in Belgien sind weniger gut dokumentiert. Die Arbeitskräfte wurden auf formal freiwilliger Basis für ein halbes bis ein Jahr für den Ruhrbergbau geworben.⁴⁰ Auch über die näheren Umstände der Rekrutierung von

in Auftrag gegebene Studie, die auch im Internet unter www.kreis-aachen.de heruntergeladen werden kann.

37 Vgl. dazu Bericht über die Vermittlung von oberschlesischen Arbeitskräften für den Ruhrbergbau in der Zeit vom 27. März bis 9. Mai 1940, in: BBA 25/116.

38 Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe am 8. 4. 1940, in: BBA 13/1049; vgl. ebenfalls den Bericht des Betriebsführers der Zeche Hugo II, Arnold Fischdick, über diese Rekrutierungsaktion in der Betriebszeitung der Harpener Bergbau AG vom 16. 8. 1941, in: BBA 45/17.

39 Vgl. die entsprechenden Klagen in einem Bericht eines Mitgliedes der Werbekommission, des Betriebsführers des Klöckner Bergbaus Weller, vom 25. 5. 1940, in: BBA 25/116. Hinweise auf Zwangsrekrutierungen unter unmittelbarer Gewaltanwendung, wie sie für das besetzte Polen für diesen Zeitraum bereits nachgewiesen sind, finden sich in den Akten zu dieser Rekrutierungsaktion nicht. Allgemein zu den Arbeitskräfterekrutierungen im besetzten Polen vgl. Czeslaw *Luczak*: Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: *Herbert*, Europa (wie Anm. 30), S. 90-105 sowie Ludwig *Nestler* / Wolfgang *Schumann* u. a. (Hg.): Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Köln 1989, bes. S. 166ff.

40 Zwar kam es in den Departements Nord und Pas-de-Calais bereits im Winter 1940 zu offenen Zwangsrekrutierungen durch regelrechte Razzien, allerdings offensichtlich um Arbeitskräfte für die Eisen- und Stahlindustrie und nicht für den Bergbau zu rekrutieren. Vgl. Bernd *Zielinski*: Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitskräfteeinsatz im Reich, Münster 1995; zur frühen Anwendung von direkten Zwangsmethoden im besetzten Frankreich vgl. auch Dietrich *Eichholtz*: Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, in:

über 11 000 Arbeitskräften hauptsächlich ukrainischer und zum Teil polnischer Nationalität aus der Gegend um Lemberg im Distrikt Galizien des Generalgouvernements, also einem Gebiet, das nach Kriegsbeginn zunächst von der Sowjetunion und erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion vom Deutschen Reich kontrolliert wurde, ist bisher nichts bekannt.⁴¹ Allgemein kann man aber zu diesem Zeitpunkt im Generalgouvernement von direkten Zwangsrekrutierungen ausgehen.

Die Arbeitskräfterekrutierungen für den Ruhrbergbau in den besetzten Gebieten offenbarten für diese Phase charakteristische Konfliktlinien zwischen Ruhrbergbau, Arbeitseinsatzverwaltung und „abgebendem“ Bergbaurevier. Sowohl in Oberschlesien als auch in den nordfranzösischen und belgischen Revieren schien sich beim Einmarsch der deutschen Truppen ein großes Reservoir aus bereits arbeitslosen oder durch die ökonomischen Schwierigkeiten nach der Besetzung arbeitslos werdenden Bergarbeitern insbesondere für den Ruhrbergbau zu erschließen, doch bereits nach kurzer Zeit zeigte sich in beiden Fällen, dass die deutschen Besatzer weitgehend intakte und betriebsbereite Zechen übernommen hatten, deren kriegswirtschaftlicher Nutzen bedeutend war und die dementsprechend selbst rasch einen erheblichen Arbeitskräftebedarf entwickelten. Sowohl der oberschlesische Bergbau und die regionale Arbeitseinsatzverwaltung in Oberschlesien als auch die deutsche Militärverwaltung in Nordfrankreich und Belgien wirkten daher rasch bremsend auf die Rekrutierungsaktionen für den „Reichseinsatz“ in ihrem Bereich ein.⁴² Diese Konflikte machten sich auch in der Auswahl der Arbeitskräfte bemerkbar. Sowohl in Oberschlesien als auch in Nordfrankreich und Belgien zielten die Rekrutierungsaktionen ursprünglich auf gelernte Bergarbeiter, mussten aber nach erfolgreichen Interventionen der „abgebenden“ Stellen auf ungelernete Arbeitskräfte ausgedehnt werden.⁴³ Daneben erwies sich die Volkstumspolitik als Konfliktfeld bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für den Ruhrbergbau, wie sich besonders im Falle der Rekrutierungen in Oberschlesien zeigte. Der Essener Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar des Wehrkreises VI, Josef Terboven, und der Ruhrbergbau versuchten die Anwerbungen in besetzten Polen im Frühjahr 1940 aus volkstumspolitischen Gründen zunächst auf Gebiete, die bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatten, und damit weitgehend auf „volksdeutsche“ Arbeitskräfte zu beschränken, während der oberschlesische Bergbau im Einvernehmen mit den dortigen Arbeitseinsatzbehörden und der Gauleitung aus ebensolchen volkstumspolitischen Gründen die Rekrutierungen schließlich weitgehend erfolgreich auf

Ulrike Winkler (Hg.): *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Berlin 2000, S. 10-40, hier S. 19f.; zu Belgien vgl. Mathias Georg Haupt: *Der „Arbeitseinsatz“ der belgischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges*, Diss. Bonn 1970.

41 Vgl. die Niederschrift über die Beiratssitzung der Bezirksgruppe Ruhr vom 24. 11. 1941, in: BBA 13/1044.

42 Vgl. dazu z. B. das Schreiben des Geschäftsführers der Bezirksgruppe Ruhr, Martin Sogemeier, an den Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Ernst Buskühl, vom 12. 9. 1940, in: BBA 13/2103.

43 Vgl. dazu etwa Niederschrift der Sitzung des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe Ruhr vom 3. 9. 1940, in: BBA 13/1049; Aktenvermerk des Reichsverteidigungskommissars Dr. Alfred Meyer zu einer Besprechung über den Arbeitseinsatz, im Besonderen die Ausländerbeschäftigung im Ruhrbergbau, in: STAMS Oberpräsidium (OP) 5067, p. 160-165.

„volkspolnische“ Arbeitskräfte in Ostoberschlesien leiten wollte.⁴⁴ Eine ähnlich gelagerte Konfliktstruktur beeinflusste auch die Arbeitskräfterekrutierungen in den nordfranzösischen und belgischen Kohlerevieren, die eine ausgeprägt multiethnische Belegschaftsstruktur aufwiesen. Unter den aus diesen Regionen ins Ruhrgebiet abgehenden Arbeitertransporten befanden sich schließlich zum Leidwesen des Ruhrbergbaus nur wenige Franzosen oder Belgier, sondern vielmehr in erster Linie Polen, daneben auch Italiener, Jugoslawen, Tschechoslowaken und Ungarn.⁴⁵

- Der Einsatz von ca. 13 000 „volkspolnischen“ und „volksdeutschen“ ober-schlesischen Bergarbeitern im Frühjahr und Sommer 1941 ist innerhalb des „Ausländereinsatzes“ insofern als Sonderfall zu betrachten, als dass er einen von vornherein auf drei Monate begrenzten und auf der Grundlage der Dienstpflichtverordnung von 1938 durchgeführten „innerdeutschen“ Arbeitskräftetransfer von Oberschlesien in das Ruhrgebiet vor dem Hintergrund von Kohlentransportproblemen in Oberschlesien darstellte.⁴⁶

Die Haltung des Ruhrbergbaus zur Ausländerbeschäftigung

Wie schon oben angedeutet, verstärkte der Ruhrbergbau nach Kriegsbeginn seine defensive Haltung zur Ausländerbeschäftigung. Der Ruhrbergbau sah sich außerstande, die vereinbarte Zahl von Italienern anzulegen, und schlug für diese stattdessen den Siegerländer Erzbergbau als alternativen Einsatzort vor.⁴⁷ Weitere Initiativen der für die Fördersteigerung im Bergbau und den Arbeitseinsatz zuständigen Stellen wurden abschlägig beschieden. Nachdem ein Vertreter des Leistungsbeauftragten Walter wenige Tage nach Kriegsbeginn in einer Besprechung die Frage der Unterbringung polnischer Kriegsgefangener im Ruhrbergbau angeschnitten hatte, richtete der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ruhr, Sogemeier, noch am selben Tage ein Schreiben an Walter, dass Buskühl und andere leitende Herren des Ruhrbergbaus dringlichst bäten, vom Einsatz polnischer Kriegsgefangener abzusehen. Auch die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, die ebenfalls noch im September in einer Rundfrage bei den verschiedenen Bezirksgruppen die Einsatzmöglichkeit von Kriegsgefangenen eruierte, wurde seitens der Ruhr abschlägig beschieden. Neben dem Ruhrbergbau erklärten sich in dieser Umfrage auch der Aachener, saarländische und ober-schlesische Steinkohlenbergbau sowie der sudetenländische Braunkohlenbergbau zur Beschäftigung von polnischen Kriegsgefangenen nicht bereit. Nur die

44 Vgl. die Niederschrift des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe am 19. 3. 1940, in: BBA 13/1049 sowie die Niederschrift über die Sitzung des Kleinen Ausschusses vom 8. 4. 1940, in: ebd.

45 Etwa 40 % der aus Nordfrankreich und Belgien rekrutierten Arbeiter waren polnischer Nationalität. Vgl. dazu den Aktenvermerk über eine Sitzung bei Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer am 4. 9. 1940, in: BBA 13/1760; Aufstellung Arbeitskräfte aus Belgien und Nordfrankreich. Zusammenfassung Ruhrbezirk. Stand vom 5. 10. 1940, in: BBA 40/492; zur bewussten Politik der Besatzungsorgane in Nordfrankreich zunächst hauptsächlich dort ansässige Arbeiter fremder Nationalitäten zur Anwerbung für den „Reichseinsatz“ freizugeben vgl. *Zielinski*: Staatskollaboration, S. 60.

46 Vgl. den Abschlussbericht von Bergassessor Pyrkosch, Bezirksgruppe Oberschlesien, vom 22. 5. 41, BBA 15/253.

47 Vgl. die Aktennotiz des Bergassessors Hartmann, Bezirksgruppe Ruhr, über eine Besprechung mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und Vertretern des Büros Walter am 12. 10. 1939 in Berlin, in: BBA 15/265.

kleineren Steinkohlenreviere in Sachsen, Niedersachsen und Niederschlesien wollten sich in geringem Maße auf einen Kriegsgefangeneneinsatz einlassen, und lediglich der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau mit einer Anforderung von 6 000 Kriegsgefangenen sowie der Nicht-Kohlenbergbau zeigten größeres Interesse. Da dem Einsatz von polnischen Kriegsgefangenen an der Ruhr zudem auch die Ablehnung des einflussreichen Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars Terboven entgegenstand, verlief sich im Spätsommer 1939 das Thema Kriegsgefangeneneinsatz rasch.⁴⁸ Ebenso wenig reagierte der Ruhrbergbau zunächst auf ein Angebot des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Breslau vom 23. 9. 1939, arbeitslose polnische Bergarbeiter aus seinem Bezirk an der Ruhr anzulegen.⁴⁹

Diese ablehnende Haltung des Ruhrbergbaus war zu diesem Zeitpunkt zweifellos vor allem durch die oben genannten und aus dem Kriegsbeginn resultierenden pragmatischen Gründe motiviert. Im Sommer 1940 entwickelte sich jedoch unter den Beteiligten eine prinzipielle Diskussion über den Ausländereinsatz im Ruhrbergbau, die einerseits auf den ersten Erfahrungen der Zechen mit den im Frühjahr auf Initiative und Anordnung von Walter rekrutierten 5 000 polnischen Arbeitern beruhte und die andererseits die Anwerbungen in Nordfrankreich und Belgien, die seit dem Juli ebenfalls hauptsächlich Polen an die Ruhr brachten, begleitete. Auf einer Sitzung bei Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer im Juni 1940 kündigte der Leistungsbeauftragte Walter den Einsatz von 15 000 Bergarbeitern aus den besetzten nordfranzösischen und belgischen Gebieten an der Ruhr an, weil der Ruhrbergbau pro Arbeitstag 40 000 t zu wenig fördere. In diesem Zusammenhang erklärte Walter ebenfalls, dass es nach dem Krieg schwierig sein werde, dem Bergbau die erforderlichen Arbeitskräfte zuzuführen. Deshalb werde nach einem siegreichen Frieden die Parole vermutlich lauten: „die Deutschen aufs Land, die Polen und die sonstigen Hilfsvölker in den Bergbau“. Diese Äußerung forderte eine scharfe Erwiderng des Gauobmanns und Leiters des Fachamtes Bergbau der Deutschen Arbeitsfront, Ernst Stein, heraus, der den Einsatz weiterer Ausländer aus den besetzten Westgebieten aus völkischen und wirtschaftlichen Gründen kategorisch ablehnte. Die Vertreter des Ruhrbergbaus auf dieser Sitzung, Walter Tengelmann, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke, und Emil Stein, Vorstandsmitglied der Hibernia, stimmten Ernst Steins Bedenken ausdrücklich zu. Emil Stein führte aus, dass man die abträglichen Folgen einer zu starken Durchsetzung des Ruhrgebietes mit Ausländern nach dem Ende des Weltkrieges klar erkannt habe. Ein dauerhaftes Betreiben einer bodenständigen Industrie wie des Bergbaus mit

48 Vgl. hierzu das Schreiben Sogemeiers an Walter vom 8. 9. 1939, in: BBA 15/269; Schreiben BA Hölling, Wirtschaftsgruppe Bergbau, an Oberbergat Lüsebrink, RWM, vom 26. 9. 1939, in: BBA 15/269; Rundschreiben der Bezirksgruppe Ruhr an ihre Mitgliedsesellschaften vom 29. 9. 1939, in: BBA 15/269. Das Thema des Einsatzes polnischer Kriegsgefangener wurde nochmals in einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichsarbeitsministeriums (RAM), des Fachamtes Bergbau der DAF, des Büros Walter und des Ruhrbergbaus im November 1939 aufgegriffen, in der seitens des RAM und des Büros Walter die ablehnende Haltung zum Kriegsgefangeneneinsatz kritisiert wurde, ohne dass es zu einer Umorientierung kam. Vgl. die Aktennotiz zu dieser Besprechung, in: BBA 13/1048.

49 Vgl. dazu den Wochenbericht der Bezirksgruppe Ruhr vom 25. 9. - 2. 10. 1939, in: BBA 13/1802. Das schließt nicht aus, dass sich einzelne Schachtanlagen bereits im Winter 1939/40 an der Anlegung von Polen interessiert zeigten. Vgl. das Protokoll einer Betriebsbesprechung der Schachtanlage Victor-Ickern, Castrop-Rauxel, am 1. 12. 1939, in: BBA 25/124.

Ausländern oder Hilfsvölkern käme keinesfalls infrage. Nur unter den augenblicklichen Verhältnissen sei man bereit, als befristete Übergangsmaßnahme Ausländer bis Kriegsende anzulegen. Da Ernst Stein die Anlegung weiterer Ausländer selbst als Übergangslösung ablehnte, entschied Reichsverteidigungskommissar Meyer am Ende der Sitzung, dass zur Anlegung von Bergarbeitern aus den besetzten Westgebieten eine ausdrückliche Entscheidung Görings eingeholt werden müsse.⁵⁰

Wie sehr völkisch-rassistische Doktrinen die Einstellung innerhalb des Ruhrbergbaus zur Ausländerbeschäftigung tatsächlich prägten, ist schwer zu entscheiden; dass solche Einstellungen aber auch unter den Entscheidungsträgern des Ruhrbergbaus verbreitet waren, ist unzweifelhaft. Das Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte, Wilhelm Nebelung, beispielsweise sah weltanschauliche, sittliche und rassische Gefahren bei einer Massierung von Ausländern im Ruhrrevier. „Der Untergang der antiken Kulturvölker durch rassische Vermischung mit ihren Sklavenvölkern sollte uns bei solchen Überlegungen stets vor Augen stehen“, warnte Nebelung.⁵¹ Nebelung machte diese Äußerungen im Zusammenhang einer Denkschrift zur Nachwuchsnot im Bergbau, die auf die tieferen Ursachen der ablehnenden Haltung des Ruhrbergbaus hinsichtlich des von Walter prognostizierten Ausländerbergbaus hinweist.

Das zentrale mittelfristige Strukturproblem des Ruhrbergbaus war die Zusammensetzung seiner Belegschaften. In den Krisenjahren waren vor allem jüngere und ledige Bergleute entlassen worden, die nun eigentlich die leistungsstarken Bergarbeiterjahrgänge hätten bilden müssen. Infolge des Ausfalls ganzer leistungsfähiger Alterskohorten war der Nachwuchsbedarf auf Jahre hinaus besonders hoch, konnte aber nicht annähernd gedeckt werden, weil kaum noch ein Volksschulabgänger in den Bergbau wollte.⁵² Darüber hinaus war die regelrechte Flucht aus dem Steinkohlenbergbau in attraktivere Wirtschaftszweige, die besonders in den Jahren 1937 und 1938 bedrohliche Ausmaße angenommen hatte, durch die restriktiven Regelungen des Jahres 1939 nur vorübergehend abgebremst und würde nach der bei Kriegsende erfolgenden Lockerung der Bestimmungen wieder einsetzen, sofern sich an den Bedingungen der Bergmannsarbeit nichts änderte.⁵³ Unter diesen Bedingungen schien mittelfristig eine vollständige Ausblutung und Überalterung der Beleg-

50 Vgl. Niederschrift über die Sitzung bei Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer am 19. 6. 1940, in: BBA 13/1760. Eine abweichende Interpretation zur Position des Ruhrbergbaus in diesem Entscheidungsprozess bietet *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 7), S. 105. *Herbert* sieht den Ruhrbergbau in diesen Verhandlungen mehrheitlich an der Seite Walters, ohne dies allerdings explizit nachzuweisen.

51 Vgl. Wilhelm *Nebelung*: Vorschläge zur Behebung der Nachwuchsnot im deutschen Bergbau, Dezember 1940, in: BBA 13/1505.

52 1939 konnten die Zechen lediglich 29 % der zur normalen Ergänzung der Belegschaften notwendigen Bergjungeleute anlegen. Diese Relation verschärfte sich in der Folge noch wesentlich. So konnte die Gruppe Gelsenkirchen der GBAG im Ausbildungsjahr 1942/43 nur noch 16 statt der benötigten 916 Berglehrlinge einstellen. Vgl. den Bericht der Gruppe Gelsenkirchen über das Geschäftsjahr 1942/43, in: BBA 41/574.

53 1937 kehrten 15 273 Arbeitskräfte dem Ruhrbergbau den Rücken, 1938 sogar 29 610, um zumeist in der hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen attraktiveren Eisen- und Stahlindustrie Arbeit zu finden. Vgl. dazu und zu den Zahlenangaben *Wisotzky*, Ruhrbergbau (wie Anm. 3). Vgl. dazu auch mit Angaben für andere Zeiträume einen Bericht für Herrn Sogemeier über verschiedene Fragen, undatiert (Juli 1938), in: BBA 13/1801.

schaften mit entsprechenden Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit der Zechen unvermeidbar. Die Antwort auf dieses Strukturproblem war ein umfassendes Sozialprogramm vor allem in den Bereichen Lohnpolitik, Arbeitszeit, Werkswohnungsbau, Knappschaftsreform und andere gesundheitspolitische Maßnahmen mit dem Ziel, dem Bergmann wieder eine herausgehobene Stellung innerhalb der Arbeiterschaft zu sichern. Die Realisierbarkeit eines solchen umfassenden Sozialprogramms war jedoch an die Möglichkeit der Weitergabe der dadurch entstehenden erheblichen Kosten an die Kohlenpreise gebunden, und hier schienen die militärischen Entwicklungen des Sommers 1940 relativ kurzfristige Perspektiven einer Neuordnung der europäischen Kohlenwirtschaft unter deutscher Hegemonie mit entsprechenden Möglichkeiten für eine Preispolitik zu eröffnen.⁵⁴ Die von Walter ins Spiel gebrachte Vision eines dauerhaften Helotenbergbaus auf der Basis einer extensiven Ausländerbeschäftigung war ein Programm, das zu den Vorstellungen des Ruhrbergbaus geradezu konträr stand. Ausländerbeschäftigung, so die dortige Befürchtung, werde das soziale Prestige der Bergmannsarbeit noch weiter sinken lassen, damit Nachwuchsnöte und Flucht aus dem Bergbau weiter verschärfen und letztendlich tatsächlich zu schlecht qualifizierten, stark fluktuierenden und damit leistungsschwachen Belegschaften führen.

Mit der Anlegung der Bergarbeiter aus dem besetzten Nordfrankreich und Belgien im Sommer war dennoch ein prinzipielles Einverständnis über einen „Ausländereinsatz“ im Ruhrbergbau unter der Voraussetzung erzielt worden, dass dieser als Sofort- und Übergangsmaßnahme zu betrachten sei und möglichst begrenzt bleiben sollte. Die „Ausländeraktionen“ des Jahres 1941 verliefen dementsprechend sehr viel konfliktärmer als die Rekrutierungen des Jahres 1940. Wohl kam es noch zu Auseinandersetzungen darüber, wie viele und welche – gelernte oder ungelernete? – Ausländer angelegt werden sollten, prinzipiell wurde der „Ausländereinsatz“ seit dem Sommer 1940 aber auch vom Ruhrbergbau nicht mehr infrage gestellt. Das lag wesentlich darin begründet, dass der Weg der Ausländerbeschäftigung nun einmal beschritten war und die Einberufungen von Bergarbeitern zur Wehrmacht zunahmen, doch auch Veränderungen in der Organisation des Kohlenbergbaus und der Kohlenwirtschaft innerhalb der Kriegswirtschaft im Frühjahr 1941 trugen dazu bei.

Das von Anfang an äußerst spannungsgeladene Verhältnis des Ruhrbergbaus und des Kohlenbergbaus insgesamt zum Leistungsbeauftragten und Reichskohlenkommissar Paul Walter zerrüttete sich endgültig, als Walter mit Plänen zur Neuordnung der Syndikatsverfassung des Kohlenbergbaus Ernst zu machen schien und versuchte, direkt in die Syndikate hineinzuregieren, so dass auch der Ruhrbergbau hinter diesen Versuchen Sozialisierungsabsichten witterte. Walter erwies sich als zu schwach, und Göring sah sich gezwungen, ihn nach einem entsprechenden Vorstoß des Kohlenbergbaus und der Wirtschaftsgruppe Bergbau von seinen Aufgaben zu entbinden.⁵⁵ Stattdessen wurde mit der Reichsvereini-

54 Vgl. dazu die Denkschrift zur Neuordnung der europäischen Steinkohlenwirtschaft, überreicht von der Bezirksgruppe Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau, undatiert (Sommer/Herbst 1940), in: BAB R 7/631.

55 Zu den Konfliktpunkten mit Walter vgl. eine Ausarbeitung aus der Bergabteilung des RWM vom Februar 1941: Die Tätigkeit der Bergabteilung und des Reichskohlenkommissars Walter auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues, in: BAB 7.634.

gung Kohle im April 1941 ein Gremium als Mischform von unternehmerischer Selbstverwaltung und halbstaatlichem Dirigismus geschaffen, das lediglich formal der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstand und zu dessen Vorsitzendem mit dem Generaldirektor der Reichswerke Hermann Göring, Paul Pleiger, ein Vertreter des größten Kohleproduzenten des Deutschen Reiches ernannt wurde. Pleiger stieg damit endgültig zu einer der zentralen Figuren der NS-Kriegswirtschaft auf.⁵⁶ Pleiger, der seine steile Karriere als mittelständischer Unternehmer der Bergbauzulieferindustrie in Sprockhövel am Rande des Ruhrgebiets gestartet hatte, war im Zuge des Aufbaus und der Expansion der Reichswerke in scharfe Konflikte mit den Ruhrindustriellen geraten, galt aber im Gegensatz zu Walter als Mann mit Verständnis für und Sachkenntnis über den Bergbau und verfügte über hervorragende Kontakte in Berlin. Alfried von Bohlen & Halbach jedenfalls sah in der Gründung der Reichsvereinigung, die laut Satzung ihre Aufgaben in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Partei und Staat wahrnahm, einen wichtigen Schritt, um Unternehmertum und Privatinitiative in Zukunft stärker als bisher und in voller Verantwortung in das wirtschaftliche Geschehen und in den wirtschaftlichen Aufbau des Großdeutschen Reiches einzubinden.⁵⁷

Die Satzung der Reichsvereinigung Kohle schrieb als erste der von ihr zu bearbeitenden Aufgaben die Erhöhung der Kohlenproduktion vor.⁵⁸ Wenn die Reichsvereinigung also aus Sicht des Ruhrbergbaus die Bewahrung von Unternehmertum und Privatinitiative garantierte, war die Grundlage dafür, dass die Reichsvereinigung in der Logik der Kriegswirtschaft funktionierte, d. h. vor allem die Kohlenförderung stabilisierte und steigerte, was wiederum nur durch Anlegung zusätzlicher Arbeitskräfte möglich war. Dies verkündete auch der Leiter der Bezirksgruppe, Ernst Buskühl, auf einer Besprechung im April 1941 über die kommenden Aufgaben des Ruhrbergbaus. Es sei dringend notwendig, die Unterbringung für 60 000 über die Reichsvereinigung vermittelte und demnächst auf den Zechen anzulegende ausländische Arbeiter zu sichern. „Irgend welche Erwägungen der Wirtschaftlichkeit seien nicht am Platz.“ Dass dies zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß, zeigt die protokollierte Forderung einiger Sitzungsteilnehmer, die Angelegenheit nicht nach den Unterbringungsmöglichkeiten, sondern nach den Einsatzmöglichkeiten zu behandeln. Das

56 So wurde Pleiger im Dezember 1942 zum Staatsrat ernannt und erhielt am 1. Mai 1943 auf Vorschlag von Göring und Speer als erster Wirtschaftsführer das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz für seine Verdienste um die Reichswerke und die Kohlenwirtschaft. Vgl. Geschäftsführung der Reichsvereinigung Kohle (RVK) an Mitglieder des Präsidiums am 7. 5. 1943, in: BBA 15/96. Zur schillernden und umstrittenen Figur Paul Pleiger vgl. kontrovers: Matthias *Riedel*: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen etc. 1973; August *Meyer*: Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, München etc. 1999 (überarbeitete Neuauflage); Gerhard *Möllin*: Montankonzerne und „Drittes Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936-1944, Göttingen 1988; Oliver *Rathkolb*: Am Beispiel Paul Pleigers und seiner Manager in Linz – Eliten zwischen Wirtschaftsträumen, NS-Eroberungs- und Rüstungspolitik, Zwangsarbeit und Nachkriegsjustiz, in: *ders.* (Hg.): NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945, Wien etc. 2001, S. 287-320.

57 Vgl. Vortrag des Herrn Direktor Alfried Krupp von Bohlen & Halbach am Bergmannstag des Kruppschen Steinkohlenbergbaus am 2. 5. 1941, in: BBA 20/90.

58 Vgl. Satzung der Reichsvereinigung Kohle – erlassen vom Reichswirtschaftsminister am 21. April 1941, in: Zeitschrift für Bergrecht 82 (1941), S. 13.

Höchstmaß seien unter dieser Voraussetzung dann 30 000 bis 40 000 neue ausländische Arbeiter.⁵⁹

„Ausländereinsatz“ und Zwangsarbeit als Lernprozess

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft und zur Behandlung der Ausländer gab der Staat weitgehend unbeeinflusst vor,⁶⁰ aber die Unternehmen konnten sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen bewegen oder versuchen, Einfluss auf die existierenden Rahmenbedingungen zu nehmen. Dieses Verhalten der Unternehmen hing nicht zuletzt mit gemachten Erfahrungen und sich ändernden Prämissen des „Ausländereinsatzes“ zusammen. Insofern stellte der „Ausländereinsatz“ auch einen ständigen Lernprozess dar. Im Folgenden sollen die Erfahrungen und die daraus resultierenden Haltungen des Ruhrbergbaus in Bezug auf die Anwendung von Zwangsmaßnahmen bei der Ausländerbeschäftigung untersucht werden, und zwar hinsichtlich der Anwendung von Zwang bei der Rekrutierung und dem Verbleib auf der Arbeitsstelle sowie bei der Erbringung der konkreten Arbeitsleistung.

Kriegsgefangenenarbeit als spezifischer Form von Zwangsarbeit stand der Ruhrbergbau zunächst sehr skeptisch gegenüber. Nachdem man schon unmittelbar nach Kriegsbeginn eine Anfrage, polnische Kriegsgefangene zu beschäftigen, negativ beschieden hatte, reagierte man auch auf das erneute Drängen Walters im Mai 1940, nun französische und belgische Kriegsgefangene einzusetzen, sehr zurückhaltend.⁶¹ Die Bezirksgruppe empfahl ihren Mitgliedsgesellschaften im Juli 1940, vom Einsatz von Kriegsgefangenen weitgehend abzusehen.⁶² Der Grund für die Zurückhaltung des Ruhrbergbaus hinsichtlich des Kriegsgefangeneneinsatzes lag allerdings weniger in einer grundsätzlichen, moralisch oder ökonomisch motivierten Skepsis gegenüber dieser Form von Zwangsarbeit, sondern vor allem in den gesetzten Rahmenbedingungen, die besonders den Einsatz von Kriegsgefangenen im Untertagebetrieb erschwerten. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, stellte beispielsweise der Vorstand der Gelsenkirchener Bergwerks AG im August 1940 fest, würde sehr erleichtert werden, wenn das Verbot der Untertagebeschäftigung aufgehoben würde, die zu weit gehenden Bestimmungen der Behörden hinsichtlich Unterbringung, Beschäftigung und Verpflegung gelockert würden und endlich den Kriegsgefangenen ein Arbeitsentgelt ausgezahlt würde, das ihnen eine Unterstützung ihrer Familien ermögliche.⁶³ Entsprechend begrenzt blieb die Kriegsgefangenenbeschäftigung zunächst.

59 Vgl. Niederschrift über die Besprechung, die am 16. April 1941 nachmittags auf Einladung der Bezirksgruppe Ruhr im großen Sitzungssaal des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates in Essen stattgefunden hat, über die Aufgaben des Ruhrbergbaus in den kommenden Monaten, in: BBA 40/485.

60 Vgl. dazu Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart etc. 2001, S. 233ff.; vgl. auch ders.: Zwangsarbeit im Dritten Reich, Verantwortung und Entschädigung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 51 (2000), S. 508-527.

61 Vgl. das Schreiben der Bezirksgruppe an die Leiter der Bezirksuntergruppen vom 23. 5. 1940, in: BBA 13/1058.

62 Vgl. dazu das Rundschreiben der Bezirksgruppe vom 18. 7. 1940, in: BBA 13/1525.

63 Vgl. Niederschrift der Sitzung des Vorstandes der GBAG vom 2. 8. 1940, in: BBA 55/609.

Ende 1940 waren 956 französische Kriegsgefangene im Ruhrbergbau beschäftigt, Ende 1941 1 854.⁶⁴

Dass man sich beim Einsatz der polnischen Zivilarbeiter scharfer Disziplinierungsmittel bedienen müsse, darüber bestand im Ruhrbergbau weitgehende Einigkeit. Schon in den Vorbesprechungen zum „Poleneinsatz“ im Kleinen Ausschuss für wichtige Fragen der Bezirksgruppe forderte der Generaldirektor der Hibernia, Wilhelm Tengelmann, im März 1940, dass die Zechen weitgehende Disziplinarmittel gegen die Polen erhalten müssten, und auf der gleichen Sitzung beruhigte der Geschäftsführer der Bezirksgruppe, Martin Sogemeier, die anwesenden Bergwerksdirektoren, dass die polnischen Arbeiter selbstverständlich kaserniert würden. Ein Vorstandsmitglied des Klöckner-Bergbaus, Werner Dubucs, hielt im gleichen Kreise einen Monat später sogar eine Bewaffnung der Wachmannschaften für erforderlich, da es auf der Klöckner-Zeche Victor-Ickern schon Ärger mit den Polen gegeben habe.⁶⁵ So trafen die von Fachamtsleiter Ernst Stein und Reichsverteidigungskommissar Meyer erarbeiteten Vorschläge zur Behandlung der Polen im Ruhrbergbau, die in manchen Punkten über Himmlers sog. „Polenerlasse“ hinausgingen und u. a. eine unmittelbare polizeiliche Überwachung im Lager vorsahen, im Ruhrbergbau durchaus auf Zustimmung.⁶⁶ Dass man auch in praxi bereit war, schnell zu scharfen Maßnahmen zu greifen, verdeutlicht ein Bericht Wilhelm Nebelungs über den „Poleneinsatz“ bei der Gutehoffnungshütte vom Mai 1940. Nachdem sich zehn polnische Arbeiter mit der Begründung krank gemeldet hatten, die Verpflegung reiche nicht aus, schaltete das Werk die Gestapo mit dem Ergebnis ein, dass, wie der Bericht befriedigt bemerkt, acht Mann am gleichen Tag noch ihre Schicht verfuhrten.⁶⁷

Die Erfahrungen mit dieser Form des „Ausländereinsatzes“ waren allerdings alles andere als günstig. So hielt das Protokoll einer Bergausschusssitzung der Gelsenkirchener Bergwerks AG vom August 1940 fest, die Erfahrungen mit den wenig motivierten und „arbeitsunwilligen“ Polen seien in jeder Hinsicht schlecht, und mit solchen Ausländeraktionen sei dem Ruhrbergbau letztendlich wenig gedient.⁶⁸ Insofern tendierte der Ruhrbergbau zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich des Einsatzes von Arbeitskräften aus den besetzten Westgebieten, als er vor die vom Leistungsbeauftragten Walter so formulierte Alternative gestellt wurde: „... entweder man müsse die Ausländer wie freie Arbeiter behandeln in der Erwartung, daß dann auch eine entsprechende Arbeitleistung gebracht werde, oder man müsse sie mit schärfsten Mitteln zur Arbeit zwingen“, eher zur erstgenannten Variante.⁶⁹ Wenn schon Ausländer übergangsweise eingesetzt werden

64 Vgl. diese Angaben nach Belegschaftswechsel im Ruhrbergbau, in: BBA 13/2225 u. 2226.

65 Vgl. die Niederschriften der Sitzungen des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe vom 19. 3. und vom 8. 4. 1940, in: BBA 13/1049.

66 Vgl. dazu Vorschläge für den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften im Ruhrbergbau, undatiert (April 1940), in: BBA 13/2103. Die Behandlung der polnischen Arbeiter wurde schließlich aus pragmatischen Gründen auf das sowieso schon scharf diskriminierende Niveau von Himmlers „Polenerlassen“ zurückgefahren. Vgl. dazu das Schreiben von Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer an die Bezirksgruppe Ruhr vom 11. 7. 1940, in: BBA 10/555.

67 Vgl. dazu die Stellungnahme Nebelungs an BA Fellingner, Bezirksgruppe, zum „Poleneinsatz“ bei der Gutehoffnungshütte (GHH) vom 6. 5. 1940, in: BBA 13/1049.

68 Vgl. Niederschrift der 83. Bergausschusssitzung der GBAG vom 22. 8. 1940, in: BBA 55/614.

69 Vgl. Niederschrift der Besprechung bei Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer in Münster am 6. 8. 1940, in: BBA 13/1760.

mussten, forderte beispielsweise Emil Stein, dann zwar bei vorübergehender Lagerunterbringung, aber anständiger Bezahlung und möglichst geringer Einschränkung der persönlichen Freiheit.⁷⁰

Die Erwartung, dass ein höheres Maß an Freizügigkeit bei der Behandlung der „Westarbeiter“, Italiener und Kroaten grundsätzlich zu einer besseren Motivation und Arbeitsleistung führen müsse als bei den kujonierten Polen, erwies sich jedoch aus der Perspektive des Ruhrbergbaus als irrig. Die Klagen über die „Arbeitsunwilligkeit“ und „Disziplinlosigkeiten“ der Ausländer rissen nicht ab. Die Gründe hierfür waren unterschiedlicher Natur. Vielfach waren den Leuten bei der Anwerbung völlig falsche Vorstellungen über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen im Deutschen Reich, beispielsweise hinsichtlich der Entlohnung, Unterbringung oder Verpflegung, vermittelt worden. Insbesondere hatten die Werbungskommissionen im besetzten Nordfrankreich und in Belgien offensichtlich zum Teil die Unterbringung in Werkswohnungen gemeinsam mit ihren Familien zugesichert.⁷¹ Außerdem gerieten oft die daheim gebliebenen Familien in Schwierigkeiten, weil die Lohnüberweisungen nicht funktionierten oder ihnen zu Hause die Werkswohnungen gekündigt wurden.⁷² Nicht zuletzt bedeuteten auch die besonderen Umstände und die Härte der Untertagearbeit für die zahlreichen Nicht-Bergleute unter den Angeworbenen einen Schock.⁷³

Unter anderem diese Umstände führten zu den von den Zechengesellschaften beklagten „Disziplinlosigkeiten“, deren deutlichster und folgenreichster Ausdruck der so genannte Kontraktbruch war, hier verstanden als die nicht erlaubte Abkehr von der Arbeitsstelle vor Ablauf der Vertragszeit. So war für kontraktbrüchige „Westarbeiter“ der Grenzübergang bei Aachen nach Belgien bis zum Juni 1941 ohne größere Schwierigkeiten und Gefahr möglich.⁷⁴ Kroatische Arbeiter hingegen zog es bevorzugt in die Gegend um Berlin, wo viele Landsleute zu besseren Bedingungen in Werken der Metall verarbeitenden Industrie tätig waren. Italienische Arbeitskräfte hatten zumindest anfangs sogar noch wie auf der Bochumer Zeche Klosterbusch die Möglichkeit, ihre Heimkehr zu erzwingen. Der Zeche blieb im Oktober 1940 nichts anderes übrig, als den mit ihren Arbeitsbedingungen unzufriedenen italienischen Arbeitern, die erst seit wenigen Wochen im Ruhrgebiet tätig waren, Rückfahrkarten zu kaufen, nachdem auch eine Intervention des für die Betreuung seiner italienischen Landsleute im Ruhrbergbau zuständigen Vertreters der Confederazione Fascista dei lavoratori dell' industria, Inspektor Beccherini, vergeblich geblieben war.⁷⁵

70 Vgl. Niederschrift über die Sitzung bei Reichsverteidigungskommissar Dr. Meyer am 19. 6. 1940 in Münster, in: BBA 13/1760.

71 Vgl. z. B. das Schreiben der Rheinischen Stahlwerke Essen, Abt. Arenberg, an das Arbeitsamt Bottrop vom 8. 2. 1941, in: STAMS OP 5170, p. 19.

72 Vgl. dazu die Niederschrift der Sitzung des Kleinen Ausschusses der Bezirksgruppe vom 3. 9. 1940, in: BBA 13/1049; Niederrheinische Bergwerks-AG an Bezirksgruppe Ruhr vom 15. 10. 1940, in: BBA 13/1525.

73 Vgl. z. B. das Schreiben der Gruppe Bochum der GBAG an den Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Bochum vom 8. 10. 1941 über die Erfahrungen mit kroatischen Arbeitskräften, in: BBA 40/490.

74 Vgl. dazu die Akten zur Grenzkontrolle der im Ruhrbergbau eingesetzten Arbeitskräfte aus Belgien und Holland, in: STAMS OP 5170.

75 Vgl. das Schreiben der Gewerkschaft Klosterbusch an das Arbeitsamt Bochum vom 26. 10. 1940, in: BBA 13/1525; vgl. z. B. auch den Bericht der Lagerführung des Ausländerlagers der Zeche Fröhliche Morgenstern in Wattenscheid vom 23. 6. 1941, in: BBA 13/2103.

Bei der Bochumer Gruppe der Gelsenkirchener Bergwerks AG kehrten so über 70 % der in Belgien rekrutierten Arbeiter vor Ablauf ihres Arbeitsvertrages ab, bei Zeche Heinrich waren es über 60 %, und die Zahl der Kontraktbrüche bei den Italienern und Kroaten war ähnlich hoch.⁷⁶ Darüber hinaus klagten die Zechen über die hohe Zahl willkürlicher Feierschichten und über weitere Ausdrucksformen mangelnder industrieller Arbeitsdisziplin bei den ausländischen Arbeitern. „Die Disziplinlosigkeit der Ausländer“, berichtete beispielsweise die Bergbauabteilung der Mannesmann-Röhrenwerke, „übersteigt langsam alle Grenzen, die noch bei äußerster Duldsamkeit gezogen werden können.“⁷⁷ Vor allem fürchteten die Zechengesellschaften, dass die Kontraktbrüche, Arbeitsniederlegungen und willkürlichen Feierschichten Auswirkungen auf die nervös beobachtete Stimmungslage und Arbeitsmoral der deutschen Stammbetriebschaften nach sich ziehen würden.⁷⁸ An der Ruhr bildete sich in den ersten beiden Kriegsjahren ein prominentes Wahrnehmungsmuster des „Ausländereinsatzes“ heraus, nach dem die ausländischen Arbeitskräfte deutlich weniger leisteten, sich aber mehr herausnehmen könnten als die deutschen Bergleute und damit auch für eine allgemein sinkende Arbeitsmoral der Gesamtbetriebschaften mitverantwortlich seien. So vermerkte ein Stimmungsbericht aus dem Ruhrbergbau vom April 1941, hier in Bezug auf die italienischen Arbeiter, durchgreifende Veränderungen bei der Behandlung seien notwendig, „damit unsere Leute nicht noch unzufriedener werden und rebellieren“.⁷⁹

Der Ruhrbergbau drängte darauf, die Arbeitspflicht, denn eine solche wurde auch für ausländische Arbeitskräfte unterstellt, auch mit repressiveren Maßnahmen durchzusetzen. So insistierte die Bezirksgruppe nach entsprechenden Klagen ihrer Mitgliedsgesellschaften seit dem Frühjahr 1941 darauf, die Grenze nach Belgien für kontraktbrüchige „Westarbeiter“ unpassierbar zu machen, bis das Arbeitsamt Aachen im Juni 1941 ein Auffanglager für an der Grenze aufgegriffene Kontraktbrüchige einrichtete, von dem aus die Arbeiter an ihre Arbeitsstelle zurückgeführt bzw. einer Bestrafung zugeführt wurden.⁸⁰ Die Eröffnung des Arbeitserziehungslagers Essen/Mülheim (AEL), das ausschließlich für ausländische Häftlinge eingerichtet wurde, im Juni 1941 markierte den Beginn einer sehr viel repressiveren Verfolgungspraxis von Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin durch Ausländer im Ruhrgebiet,⁸¹ die sich nun auch gegen zuvor „privilegierte“ Ausländergruppen richten konnte. Nachdem die Gewerkschaft Friedrich der Große im Oktober 1941 der örtlichen Gestapoleitstelle die Flucht von 48 Italienern gemeldet hatte, konnten 33 Arbeiter am Brenner verhaftet und, so der Bericht der Zeche, in ein Konzentrationslager überführt werden. Ein Brief eines

76 Vgl. Bericht über den „Ausländereinsatz“ bei der Gruppe Bochum der GBAG an den Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Bochum vom 8. 10. 1941, in: BBA 40/490; Jahresbericht der Zeche Heinrich für 1941, in: BBA 13/1757; zu den Kroaten vgl. z. B. den Bericht der Gruppe Gelsenkirchen der GBAG für das Geschäftsjahr 1940/41, in: BBA 41/574.

77 Vgl. Mannesmann-Röhrenwerke an Bezirksgruppe Ruhr vom 10. 3. 1941.

78 Vgl. z. B. das Schreiben der Bergbauhauptverwaltung von Krupp an die Konzernzeche Essener Bergwerke vom 21. 8. 1941, in: BBA 20/90.

79 Vgl. Bericht F. Quint vom 29. 4. 1941, in: BBA 13/1504.

80 Vgl. den entsprechenden Schriftwechsel in: STAMS OP 5170.

81 Vgl. dazu Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart etc. 2000.

der Verhafteten, der seine Kameraden vor weiteren Lagerfluchten warnte, „da es im Konzentrationslager wenig angenehm wäre“, wurde von der Zechenleitung den verbleibenden Ausländern in der Hoffnung verlesen, eine heilsame Wirkung auszuüben.⁸²

Daneben trat der Ruhrbergbau auch für eine Aufhebung der Freizügigkeit für diejenigen ausländischen Arbeitskräfte ein, deren Vertrag abgelaufen war. Oft handelte es sich gerade hierbei um gut eingearbeitete Kräfte, die die Zechen nicht gerne gehen lassen wollten. Seit dem Februar 1942 konnten die Arbeitsämter eine unbefristete Dienstverpflichtung für „Westarbeiter“ im Ruhrbergbau aussprechen, die sich weigerten, ihren ausgelaufenen Vertrag freiwillig zu verlängern. Damit war für diese Arbeitskräfte eine reguläre Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Auslaufen des Arbeitsvertrages ohne Einverständnis der Zeche, was vordem ohne weiteres möglich war, fast unmöglich geworden.⁸³ Hingegen ließ sich eine solche vom Ruhrbergbau gewünschte Regelung nicht realisieren, als seit dem Juni 1942 die Verträge der kroatischen Ruhrbergarbeiter ausliefen. Die diesbezüglichen Verhandlungen der Reichsvereinigung Kohle und des Fachamtes Bergbau der Deutschen Arbeitsfront mit der kroatischen Gesandtschaft in Berlin scheiterten. Die kroatische Seite erklärte sich lediglich bereit, auf ihre Landsleute hinsichtlich einer Vertragsverlängerung propagandistisch einzuwirken.⁸⁴

IV. Ausländerbeschäftigung im Zeichen des „Russeneinsatzes“

Die quantitative Entwicklung des „Ausländereinsatzes“ bis Kriegsende

Seit Beginn des Jahres 1942 stand die Ausländerbeschäftigung im Ruhrbergbau ganz im Zeichen des „Russeneinsatzes“, wie in der zeitgenössischen Terminologie der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen der Roten Armee und von zivilen Arbeitern aus den Gebieten der besetzten Sowjetunion, den sog. „Ostarbeitern“, im Deutschen Reich bezeichnet wurde. Der „Russeneinsatz“ betraf allerdings keineswegs ausschließlich oder nur mehrheitlich Russen, sondern vielmehr vor allem Ukrainer. Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion kamen seit der Jahreswende 1941/42 im Ruhrbergbau zum Einsatz, der Masseneinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen begann im Juli 1942 und setzte sich in der Folge fort, bis er im September 1944 seinen nachweisbaren Höhepunkt erreichte. Die ersten im Ruhrbergbau angelegten sowjetischen Kriegsgefangenen waren zumeist in den Frühjahrsoffensiven der deutschen Wehrmacht des Jahres 1942 in Kriegsgefangenschaft geraten und gelangten über die Lager im Generalgouvernement über die Stationen des Stammlagers (Stalag) 326 des Wehrkreises VI in der Senne und des Stalag VI A in Hemer in den Ruhrbergbau.⁸⁵ Bereits

82 Vgl. den Wochenbericht von Friedrich der Große für die Zeit vom 5. Oktober bis 11. Oktober 1941, in: BBA 10/77.

83 Vgl. dazu eine Aktennotiz bei der Gruppe Bochum der GBAG vom 17. 3. 1942, in: BBA 40/488.

84 Allerdings hatte die kroatische Regierung zwischenzeitlich eine kurzfristige Verlängerung des Arbeitsaufenthaltes der kroatischen Ruhrbergarbeiter verfügt. Vgl. dazu die Sozialpolitischen Informationen der RVK 6 sowie 11 u. 12/42, in: BBA 13/1791.

85 Vgl. die Niederschrift zur 11. Besprechung der Zentralen Planung am 22. 7. 1942, in: BAB R 10 VIII.19, p. 66-68; Rundschreiben der Bezirksgruppe Ruhr an die Bergwerksdirektoren am 24. 6. 1942, in: BAB R 10 VIII.56, p. 32 v. Vgl. weiter Karl Hüser / Reinhard Otto: Das Stammlager 326

seit dem Winter 1942/43 deckte der Ruhrbergbau dann seinen Zugang an sowjetischen Kriegsgefangenen zunehmend aus Verlegungen zunächst aus der Landwirtschaft, dann auch aus der Industrie und aus dem Arbeitseinsatz bei der Wehrmacht. Für diese Kriegsgefangenen bedeutete der Ruhrbergbau also bereits die zweite Zwangsarbeitserfahrung. Seit dem Frühjahr 1944 stammten die Zugänge an der Ruhr schließlich zu einem erheblichen Teil aus Verlegungen bisher im Aachener, saarländischen sowie nordfranzösischen und belgischen Steinkohlenbergbau eingesetzter sowjetischer Kriegsgefangener.⁸⁶

Ähnliches gilt für die Rekrutierung der „Ostarbeiter“, die zunächst direkt aus dem Erzbergbaugebiet um Kriwoi Rog und dem Steinkohlenrevier im Donezbecken, besonders der Gegend um Stalino, rekrutiert und zunehmend auch deportiert,⁸⁷ in der Folge aber auch aus anderen Bereichen des „Reichseinsatzes“ in den Ruhrbergbau verlegt wurden. Seit dem Sommer 1942 beschäftigten zahlreiche Zechen auch „Ostarbeiterinnen“ in ihren Übertagebetrieben, in denen auch in der Folge die einzige Gruppe weiblicher ausländischer Arbeitskräfte tätig war. Bis zum August 1942 legten die Bergwerksgesellschaften ca. 2 000 „Ostarbeiterinnen“ an, bis zum September 1943 hatte sich ihre Zahl auf knapp 4 000 erhöht.⁸⁸ Mit den „Ostarbeitern“ kamen auch erstmals in größerem Umfang jugendliche Arbeitskräfte zwischen 14 und 17 Jahren in den Ruhrbergbau, über deren genaue Zahl die Belegschaftsstatistiken jedoch keine verlässliche Auskunft geben.

Neben den Arbeitskräften aus der besetzten Sowjetunion wurden in den letzten drei Kriegsjahren nur noch Arbeitskräfte aus drei anderen Ausländergruppen in nennenswertem Umfang im Ruhrbergbau angelegt. Den Zechen wurden weiterhin in begrenztem Ausmaß französische Kriegsgefangene zugewiesen.⁸⁹ Die in diesem Zeitraum einzige außerhalb der besetzten Sowjetunion durchgeführte „Bergbau-Sonderaktion“ zur Rekrutierung ziviler Arbeitskräfte fand im Frühjahr 1943 in der Gegend um Lemberg im Generalgouvernement statt und brachte statt der erwarteten 15 000 nur ca. 2 500 polnische Arbeitskräfte in den Ruhrbergbau,⁹⁰ erheblich größer war hingegen die Zahl der polnischen Arbeiter, die zunächst als Landarbeiter für den „Reichseinsatz“ rekrutiert worden waren und seit dem Winter 1942/43 zunehmend in den Bergbau geschickt wurden.⁹¹ Zuletzt leisteten seit dem Oktober 1943 italienische Militärinternierte (Imis), also die nach dem Ausscheiden Italiens aus dem deutsch-italienischen Bündnis internierten Soldaten und Milizionäre, die zu Kriegsgefangenen erklärt und zur

(VIK) Senne 1941–1945. Sowjetische Kriegsgefangene des nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges, Bielefeld 1992; Hans-Hermann *Stopsack* / Eberhard *Thomas* (Hg.): *Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939–1945. Eine Dokumentation*, Hemer 1995.

86 Vgl. Aktenvermerk für eine Präsidiumssitzung der Reichsvereinigung Kohle über besondere Vorkommnisse im Ruhrkohlenbergbau, undatiert (Mai 1944), in: BBA 13/1790.

87 Vgl. dazu Sozialpolitische Informationen der RVK 4/1942, in: BBA 13/1790.

88 Vgl. die Industrieberichte für den Steinkohlenbergbau Ruhr im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz, in: BBA 13/2212.

89 Die höchste nachgewiesene Zahl französischer (und in sehr geringem Umfang belgischer) Kriegsgefangener stammt mit 5 840 aus dem April 1943. Vgl. dazu Wilhelm *Tengelmann*: Erfahrungen aus dem Arbeitseinsatz der Fremdvölkischen im Ruhrbergbau, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Bergwerksgesellschaft Hibernia A.G., Herne, in: BBA 72/649.

90 Vgl. Sozialpolitische Informationen der RVK 5 u. 6/1943, in: BBA 13/1791.

91 Vgl. dazu beispielsweise Belegschaftswechsel und Förderung im Ruhrbergbau, in: BBA 13/1791.

Arbeit ins Reich deportiert wurden, in den Gruben Zwangsarbeit.⁹² Im September 1944 wurden sie sämtlich in den Zivilarbeiterstatus überführt.

Die Belegschaftsstatistik des Ruhrbergbaus liefert bis zum September 1944 verlässliche, auf den monatlichen Meldungen der Zechen bzw. Bergwerksgesellschaften an die Bezirksgruppe und die Bergrevierbeamten beruhende Stichtangaben zur quantitativen Entwicklung der Ausländerbeschäftigung. Die Statistik differenziert nach Kriegsgefangenen, zeitweise auch nach sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen, „Ostarbeitern“, italienischen Militärinternierten sowie zivilen Ausländern, die in sich aber nicht weiter differenziert sind. Danach stellt sich die quantitative Entwicklung der Ausländerbeschäftigung wie folgt dar:

Tabelle 2: Ausländische Arbeiter im Ruhrbergbau am viertletzten Arbeitstag des Monats, 1942-1944⁹³

Monat	zivile Ausländer	Franz.	Kgf. Zus.	Sowj.	„Ostarbeiter“	Imis	insg.
1/42	30 932		2 965		600	–	34 497
4/42	27 515		4 065		7 632	–	39 212
7/42	23 395		11 718		16 061	–	51 174
12/42	24 231		43 783		21 804	–	89 818
4/43	27 365		49 103		22 150	–	98 618
7/43	27 191		51 207		32 364	–	110 762
11/43	28 731	4 560		77 096	30 650	9 317	150 354
1/44	28 003	4 258		77 651	29 990	9 794	149 696
6/44	26 401	4 086		76 067	28 552	11 370	146 476
9/44	38 508	3 932		89 733	31 331	–	163 504

Die Übersicht verdeutlicht den sehr hohen Anteil der aus der Sowjetunion stammenden Arbeitskräfte an der Ausländerbeschäftigung, der seit Ende 1942 stets deutlich über zwei Drittel lag. Zieht man in Betracht, dass sich hinter der Kategorie „ausländische Zivilarbeiter“ zu diesem Zeitpunkt ganz überwiegend polnische und ukrainische Arbeitskräfte verbergen, erscheint die osteuropäische Prägung der Zwangsarbeit im Ruhrbergbau seit Ende 1942 noch dominanter. Außerdem zeigt die Tabelle, dass die Ausländerbeschäftigung an der Ruhr erst im Spätsommer 1944 ihren Höhepunkt erreichte. Für den folgenden Zeitraum sind auf der Ebene des gesamten Ruhrbezirkes keine Angaben mehr verfügbar. Angaben über einzelne Bergwerksgesellschaften oder Bergamtsbezirke, die zum Teil bis in den Februar 1945 reichen, deuten aber auf ein weitgehend gleichbleibendes quantitatives Niveau der Ausländerbeschäftigung annähernd bis zum Einmarsch der alliierten Truppen in das Ruhrgebiet hin.⁹⁴ Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der gesamten Arbeiterbelegschaft wuchs damit konti-

⁹² Vgl. dazu allgemein Gerhard *Schreiber*: Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten – Vergessen – Verachtet, München 1990; Giorgio *Rochat*: Die italienischen Militärinternierten im Zweiten Weltkrieg, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 67, 1987, S. 336-420.

⁹³ Die Angaben nach BBA 13/2225, 13/2226, 13/2222, 13/2212.

⁹⁴ Vgl. z. B. für die Zechen im Bergamtsbezirk Hamm die Angaben in: STAMS Bergämter 5517.

nuierlich an, wobei die Tabelle 3 den weit höheren Anteil der Ausländer, besonders der sowjetischen Kriegsgefangenen, an den produktiv vor Kohle tätigen Untertagearbeitern noch außer Acht lässt.⁹⁵

Tabelle 3: Anteil der Ausländer an der gesamten Arbeiterbelegschaft im Ruhrbergbau, 1941-1944⁹⁶

Monat	Gesamtbelegschaft	davon Ausländer
1/41	326 327	18 076 = 5,54 %
6/41	331 269	42 309 = 12,77 %
1/42	324 386	34 497 = 10,63 %
6/42	330 395	41 117 = 12,44 %
12/42	372 874	89 818 = 24,09 %
6/43	375 028	105 716 = 28,19 %
12/43	399 932	150 978 = 37,75 %
8/44	383 945	149 727 = 38,99 %

Die in Tabelle 2 aufgeführten Stichtagdaten zeichnen die quantitative Entwicklung der Ausländerbeschäftigung verlässlich nach, geben aber nur einen unzureichenden Überblick über die tatsächliche Zahl der insgesamt während des Krieges im Ruhrbergbau angelegten Ausländer, weil sie die große Fluktuation unter den ausländischen Belegschaften nicht berücksichtigen. Bei Kriegsbeginn waren ca. 10 000 Ausländer im Ruhrbergbau beschäftigt (s. Abschnitt I). Da die Ausländerrekrutierung von Kriegsbeginn bis zum Ende des Jahres 1941 fast ausschließlich über relativ gut abgrenzbare und nachvollziehbare „Sonderwerbeaktionen“ erfolgte, kann die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum neu angelegten „Fremdarbeiter“ verlässlich mit ca. 80 000 angegeben werden.

Tabelle 4: Zu- und Abgang von Kriegsgefangenen, „Ostarbeitern“ und italienischen Militärinternierten im Ruhrkohlenbergbau, 1942-1944⁹⁷

Zeitraum	Zugang	Abgang
1 -12/42	82 206	18 473
1 - 6/43	39 788	27 067
7 -12/43	78 010	34 377
1 - 7/44	39 081	40 570
zusammen	239 085	120 487

Für den nachfolgenden Zeitraum vom Januar 1942 bis Juli 1944 weist die monatliche Statistik des Ruhrbergbaus über Zu- und Abgänge den Zugang von „Ostarbeitern“, französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen sowie italienischen Militärinternierten gesondert aus. Die Addition der ausgewiesenen Zugänge übersteigt allerdings die Gesamtzahl der eingesetzten Personen, weil sie die individuelle Fluktuation der Zwangsarbeiter unberücksichtigt lässt. Ein so-

⁹⁵ Vgl. dazu beispielsweise den Bericht über die Erfahrungen beim Einsatz der russischen Kriegsgefangenen bei der Gewerkschaft Auguste-Victoria, Marl-Hüls, Januar 1945, in: BBA 16/587.

⁹⁶ Vgl. die Angaben für Tabelle 2 in Anm. 93.

⁹⁷ Nach BBA 13/2226.

wjetischer Kriegsgefangener beispielsweise, der von seiner Zeche für einige Wochen in das Mannschaftsstammlager Hemer zum „Aufpäppeln“ geschickt wurde und dann wieder zurückkam oder einer anderen Zeche zugewiesen wurde, ist in der Statistik zunächst als Abgang und dann wieder als Zugang ausgewiesen. Gleiches gilt auch für die „Ostarbeiter“, die in den Wintermonaten von der Landwirtschaft in den Ruhrbergbau verlegt wurden, im Frühjahr aufs Land zurückkehrten, um im Herbst dann wieder in den Bergbau zurückzukehren. Dennoch bietet die Zugangs- und Abgangsstatistik eine relativ gute Grundlage für eine Schätzung.

Es scheint realistisch, von etwa 10 % „Doppelzählungen“ auszugehen. Demnach wären insgesamt zwischen Januar 1942 und Juli 1944 ca. 215 000 Kriegsgefangene, „Ostarbeiter“ und italienische Militärinternierte im Ruhrbergbau neu eingesetzt worden.

Die Ermittlung der Gesamtzahl der seit Anfang 1942 neu angelegten ausländischen Zivilarbeiter, bei denen es sich fast nur noch um Ukrainer und Polen handelte, ist problematischer. Konkrete Angaben liegen lediglich für den Zeitraum von April bis November 1942, in dem lediglich 942 ausländische Zivilarbeiter neu eingesetzt wurden, und für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1944, in der ein Zugang von 2 827 zivilen Ausländern gezählt wurde, vor.⁹⁸ Die Zahlen für den dazwischen liegenden Zeitraum müssen allerdings deutlich höher liegen, da seit dem Dezember 1942 zahlreiche polnische Landarbeiter in den Ruhrbergbau verlegt wurden, bis zum April 1943 etwa 11 500,⁹⁹ und im Frühsommer 1943 nochmals „Werbungen“ für den Bergbau im Generalgouvernement durchgeführt wurden, aus denen der Ruhrbergbau ca. 2 500 Mann erhielt.¹⁰⁰ Seit dem Juli 1943 reduzierten sich die Neuanlegungen von ausländischen Zivilarbeitern allerdings wieder, so dass man für den Zeitraum von Anfang 1942 bis zum Juli 1944 insgesamt von etwa 20 000 neu rekrutierten ausländischen Zivilarbeitern ausgehen kann.

Ab dem August 1944 liegen auf der Ebene des Ruhrbezirks keine verlässlichen Daten über Zu- und Abgänge mehr vor. Die statistische Überlieferung einzelner Zechen und Bergamtsbezirke zeigt allerdings, dass es auch nach dem August 1944 noch zu Neu- oder Erstanlegungen von Zwangsarbeitern auf den Zechen des Ruhrgebietes kam, wobei es sich hauptsächlich um Verlegungen aus anderen Kohlerevieren oder aus anderen Wirtschaftsbereichen handelte. Die noch Kohle fördernden Zechen des Ruhrgebiets wurden fast bis zur Besetzung durch die Alliierten noch mit neuen Zwangsarbeitern versorgt. Vorsichtig geschätzt dürfte es sich dabei um ca. 15 000 Arbeitskräfte gehandelt haben. Insgesamt ergibt sich nach dieser Berechnung eine Zahl von insgesamt 350 000 während des Zweiten Weltkrieges im Ruhrbergbau eingesetzten ausländischen Arbeitskräften.

98 Vgl. BBA 13/226.

99 Vgl. die Denkschrift von Wilhelm *Tengelmann* zu den Erfahrungen mit dem Arbeitseinsatz der Fremdvölkischen, in: BBA 72/649.

100 Vgl. Sozialpolitische Informationen der RVK 5 u. 6 (1943), in: BBA 13/1791.

Ruhrbergbau und „Russeneinsatz“

Der Vorsitzende der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, wandte sich bereits am 30. Juni 1941, also nur acht Tage nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, an das Oberkommando der Wehrmacht, um die Zuweisung von 83 000 sowjetischen Kriegsgefangenen für den gesamten Kohlenbergbau zu erreichen.¹⁰¹ Ob und inwiefern Vertreter des Ruhrbergbaus über diese Initiative informiert oder an ihr beteiligt waren, ist unklar. Auf die Mitteilung Pleigers jedenfalls, vermutlich ständen dem Ruhrbergbau demnächst 30 000 sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung, stellte die Bezirksgruppe Ruhr bereits Anfang Juli Erhebungen an, wie viele sowjetische Kriegsgefangene auf den Zechen zum Einsatz kommen könnten. Das Ergebnis dokumentierte allerdings ein nur mäßiges Interesse. Die Zechen gaben insgesamt lediglich einen Bedarf von 870 Kriegsgefangenen an. Diese geringe Zahl war einerseits vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Nachricht, der Kriegsgefangeneneinsatz werde von der politischen Führung nicht gestattet, zwischenzeitlich die Ruhr erreicht hatte, und andererseits darauf, dass die Zechen zu diesem Zeitpunkt bei sowjetischen Kriegsgefangenen nur von der Möglichkeit des Übertageeinsatzes ausgehen konnten.¹⁰²

Hitler traf seine Grundsatzentscheidung zum Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet erst im Oktober, nachdem bereits hunderttausende Kriegsgefangene in den Lagern verhungert oder ermordet worden waren. Ende Oktober erhielt Pleiger die Erlaubnis, 10 000 bis 12 000 Arbeitskräfte aus dem Erzbergbaugebiet um Kriwoi Rog zu rekrutieren, und Anfang November räumte Göring dem Bergbau beim „Reichseinsatz“ der sowjetischen Kriegsgefangenen oberste Priorität ein.¹⁰³ Die Entscheidung für den „Russeneinsatz“ traf innerhalb des Ruhrbergbaus durchaus auf Zustimmung, waren doch die bisherigen Erfahrungen mit dem Einsatz von Ausländern, denen noch ein gewisses Maß an Freizügigkeit zugestanden worden war, vor allem durch die übergroße Fluktuation geprägt. Die Leitung der Gewerkschaft Friedrich der Große beispielsweise vermerkte zur Anlegung der ersten „Ostarbeiter“: „Aber wir versprechen uns etwas davon, dass die Leute für die Dauer des Krieges hier arbeiten werden und der bei den Italienern und Kroaten als sehr unangenehm und leistungshemmend empfundene starke Wechsel nicht eintritt.“¹⁰⁴

Trotz des von Göring im November verkündeten Vorrangs des Bergbaus bei der Zuweisung von sowjetischen Kriegsgefangenen lag die Priorität des „Russeneinsatzes“ im Ruhrbergbau im ersten Halbjahr 1942 zunächst auf den Zivilarbeitern. Dagegen sollte mit den sowjetischen Kriegsgefangenen zunächst nur

101 Vgl. dazu und grundlegend zur Leidensgeschichte und zum Zwangsarbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen *Streit*, Keine Kameraden (wie Anm. 7).

102 Vgl. die Aktennotiz über die Sitzung des Ausschusses für Sozialwesen der RVK vom 10. 7. 1941, in: BBA 13/1790; Bezirksgruppe Ruhr an Pleiger vom 17. 7. 1941; Reichswirtschaftsministerium an Bezirksgruppe Ruhr vom 13. 7. 1941, in: BBA 15/269; Bezirksgruppe Ruhr an Wirtschaftsgruppe vom 21. 7. 1941, in: BBA 15/269.

103 Vgl. eine nicht unterzeichnete Aktennotiz über eine Sitzung im Reichswirtschaftsministerium am 7. 11. 1941, in: BBA 15/269. Für den Steinkohlenbergbau im Reich war zunächst der Einsatz von 76 000 Kriegsgefangenen vorgesehen. Vgl. den Schnellbrief des RWM an das RAM vom 25. 11. 1941, in: BBA 15/269.

104 Vgl. dazu Wochenbericht der Gewerkschaft Friedrich der Große für den Januar 1941, in: BBA 10/77.

ein Versuch gemacht werden, von dessen Verlauf ihr weiterer Einsatz abhängen sollte.¹⁰⁵ Dieser Versuch auf der Zeche Friedrich Heinrich in Kamp Lintfort endete katastrophal. Die 70 Kriegsgefangenen, die am 2. Januar auf der Zeche angekommen waren, machten bei der Untersuchung durch einen Knappschaftsarzt zunächst einen guten Eindruck, obwohl sie während der drei Transporttage ohne Verpflegung geblieben waren, wie der Bergwerksdirektor Anderheggen der Bezirksgruppe berichtete. Die durch das Stalag besonders sorgfältig ausgesuchten Männer fuhren am 6. Januar zu ihrer ersten Schicht an, konnten wegen ihrer körperlichen Schwäche zwar nur geringe Leistungen erzielen, zeigten aber guten Arbeitswillen. Nach der ersten Arbeitswoche erkrankten jedoch zahlreiche Gefangene, und nachdem vier Männer gestorben waren, wurde das Lager gesperrt, weil man bei einigen der Erkrankten den gefürchteten Flecktyphus festgestellt hatte und eine Ausbreitung der Epidemie befürchten musste. Der Abtransport der Erkrankten in ein Lazarett scheiterte aber an Benzinmangel. „Unter diesen Umständen“, schloss Anderheggen seinen Bericht, „bildet die Beschäftigung von russischen Kriegsgefangenen eine außerordentliche Gefahr, die mit Rücksicht auf die möglichen katastrophalen Folgen einen weiteren verstärkten Einsatz vorläufig verbietet.“¹⁰⁶

Dagegen bemühten sich die Bergwerksgesellschaften durchaus offensiv, an dem für den Ruhrbergbau durch die Reichsvereinigung Kohle zur Verfügung gestellten und durch die Bezirksgruppe Ruhr zu verteilenden Kontingent von 20 000 „Ostarbeitern“ zu partizipieren. Dass es sich hierbei um Zwangsarbeiter handelte, war allen Beteiligten klar, hatte doch die Bezirksgruppe den Leitern ihrer Mitgliedsgesellschaften bereits Anfang Dezember 1941 mitgeteilt, dass die Zivilarbeiter nach Anordnung Görings genauso wie sowjetische Kriegsgefangene zu behandeln seien.¹⁰⁷ Im zeitgenössischen Sprachgebrauch wurden die „Ostarbeiter“ zunächst als „Zivilgefangene“ klassifiziert. Heinrich Kost, Generaldirektor der Gewerkschaft Rheinpreußen in Homberg, forderte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Leistungssteigerung des westdeutschen Kohlenbergbaus alle Anstrengungen zu unternehmen, um bei den verantwortlichen Stellen die beschleunigte Zuführung der 20 000 „Ostarbeiter“ durchzusetzen.¹⁰⁸ Und auch auf der Ebene der Bergwerkskonzerne war man bereit, sich einen möglichst großen Teil des „Ostarbeiterkontingentes“ zu sichern. Da der Bergbau für die Zukunft mit der Zuweisung anderer Arbeitskräfte nicht mehr rechnen könne, wies beispielsweise die Bergbauhauptverwaltung von Krupp ihre Bergwerksdirektoren an, sollten die Konzernzechen alles unternehmen, um einen möglichst hohen Anteil an den neuen Zuweisungen von „Ostarbeitern“ zu erhalten.¹⁰⁹ Auch Otto Springorum bat die im Bergausschuss

105 Vgl. das Schreiben der Bezirksgruppe an die Leiter der Mitgliedsgesellschaften vom 6. 12. 1941, in: BBA 20/242.

106 Vgl. Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich an Bezirksgruppe Ruhr am 5. 2. 1942, in: BBA 15/270.

107 Vgl. das Rundschreiben der Bezirksgruppe an die Leiter der Mitgliedsgesellschaften vom 6. 12. 1941, in: BBA 20/242.

108 Vgl. den Bericht über die zweite Sitzung des Ausschusses für Leistungssteigerung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus am 14. 5. 1942, in: BBA 16/583.

109 Vgl. die Niederschrift über die Direktorenbesprechung bei Krupp am 28. 4. 1942, in: BBA 20/2883.

der Gesellschaft versammelten Gruppenleiter und Bergwerksdirektoren der Gelsenkirchener Bergwerks AG ständig mit der Bezirksgruppe wegen der Zuweisung neuer „Ostarbeiter“, mit denen man bisher gute Erfahrungen gemacht habe, in Fühlung zu bleiben.¹¹⁰

Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener kam erst im Frühsommer 1942 wieder auf die Tagesordnung, nachdem im Frühjahr schon allein die aufgrund von Flecktyphusepidemien verhängten Lagersperren vor allem des großen Stammlagers in der Senne den weiteren Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen unmöglich gemacht hatten.¹¹¹ Nachdem die Bezirksgruppe den Bergwerksdirektoren Ende Juni mitgeteilt hatte, dass der Ruhrbergbau mit kleinen Ausnahmen nur noch mit der Zuweisung sowjetischer Kriegsgefangener rechnen könne, weil insbesondere durch die Wiederaufnahme des Bergbaus im Donezgebiet in den besetzten Gebieten der Sowjetunion nun selbst ein großer Bedarf an zivilen Bergarbeitern herrsche,¹¹² wurden die Rahmenbedingungen des Masseneinsatzes sowjetischer Kriegsgefangener auf einer Beirats- und Vorstandssitzung des Ruhrbergbaus am 16. Juli in Essen in Anwesenheit Pleigers besprochen. Pleiger wies auf die Notwendigkeit einer erheblichen Fördersteigerung hin, um das Eisen- sowie das Lokomotiv- und Wagenbauprogramm erfüllen zu können, und kündigte dafür die Bereitstellung von 80 000 sowjetischen Kriegsgefangenen für die Ruhr an.¹¹³

Trotz der niederschmetternden Erfahrungen mit dem Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener auf Friedrich Heinrich erhob sich im Ruhrbergbau kein prinzipieller Widerspruch gegen den Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener. Bestenfalls der Umfang stieß auf Bedenken. So sahen die Bergwerksdirektoren der Krupp-Zechen, von ihrer Bergbauhauptverwaltung über den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen informiert, die Zuteilungsquoten als zu hoch an und monierten Schwierigkeiten bei Einsatz, Unterbringung und Verpflegung so vieler Leute. Die Hauptverwaltung entschied jedoch, den vollständigen, für die Krupp-Zechen beanspruchbaren Anteil an sowjetischen Kriegsgefangenen anzufordern, schon weil die angekündigten Mengen doch nie vollständig einträfen und man überzählige Arbeitskräfte an die Gusstahlfabrik abgeben könne. Der Leiter der Bergbauhauptverwaltung, Fritz Müller, forderte in diesem Zusammenhang, dass Krupp bei der Fördersteigerung an der Spitze liegen müsse und Pleiger in dieser Hinsicht von der Firma Krupp Besonderes erwarte.¹¹⁴ Ähnlich war die Reaktion in der Bergausschusssitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-

110 Vgl. Niederschrift über die 104. Sitzung des Bergausschusses der GBAG am 20. 5. 1942, in: BBA 55/616.

111 Vgl. den Wirtschaftlichen Lagebericht des Ruhrbergbaus vom 15. 3. 1942, in: BAB R 7/459, p. 48r-53r.

112 Vgl. das Rundschreiben der Bezirksgruppe an die Bergwerksdirektoren vom 27. 6. 1942, in: BBA 20/242. Wie kurzfristig diese Planungen waren, zeigt der Umstand, dass die Bezirksgruppe noch drei Tage zuvor die Bergwerksdirektoren informiert hatte, dass in den nächsten Wochen mit der Zuführung einer sehr großen Zahl sowjetischer Zivilarbeiter zu rechnen sei, während Kriegsgefangene nur zum Einsatz kämen, wenn die angestrebte Gestellungszahl anders nicht erreicht werde. Vgl. Rundschreiben der Bezirksgruppe Ruhr an die Bergwerksdirektoren vom 24. 6. 1942, in: BAB R 10 VIII.56, p 32v.

113 Vgl. die Niederschrift der Beirats- und Vorstandssitzung der Bezirksgruppe am 16. 7. 1942, in: BBA 13/1044.

114 Vgl. die Niederschriften der Direktorensitzungen des Steinkohlenbergbaus von Krupp vom 21. 7. und 4. 8. 1942, in: BBA 20/2883.

AG, nachdem Otto Springorum von dem geplanten Masseneinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen berichtet hatte. „In der abschließenden Erörterung“, hält das Protokoll fest, „wird auf die hinsichtlich der Unterbringung der Russen und ihres Einsatzes bestehenden Schwierigkeiten hingewiesen, es wird aber einmütig betont, daß alles zu geschehen hat, um den Einsatz der Russen in weitgehendstem Maße durchzuführen. Voraussichtlich werden die Russen nur nach und nach eintreffen, was ihren Einsatz naturgemäß erleichtern wird.“¹¹⁵

Der Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener blieb in der Folge der wichtigste Faktor für den Ruhrbergbau zur Erfüllung seines Fördersolls und zur Erhöhung der Steinkohlenförderung. Die Bergwerksgesellschaften und die Bezirksgruppe Ruhr standen seit dem Sommer 1942 bis zum Sommer 1944 der weiteren Rekrutierung von sowjetischen Kriegsgefangenen trotz aller mit ihrem Einsatz verbundenen Schwierigkeiten offen gegenüber. Viele Zechen bemühten sich offensiv um die Zuweisung sowjetischer Kriegsgefangener. Die Dortmunder Bergwerksdirektoren stellten beispielsweise bei einer Zusammenkunft im Sommer 1943 fest: „Die bevorstehende Zuweisung von Kriegsgefangenen wurde allgemein begrüßt. Die Erfahrungen mit russischen Kriegsgefangenen sind auf allen Zechen der Leistungskameradschaft besser als die mit Ostarbeitern. Vor allem der stete Wechsel unter den Ostarbeitern durch die laufend notwendigen Neuzuweisungen für entlaufene Ostarbeiter hat die Zechen aus dem Anlernstadium kaum herauskommen lassen. Demgegenüber war der Bestand an Kriegsgefangenen kaum einem Wechsel unterworfen.“¹¹⁶

Je weniger auch für die Zechen Leistungsstärke und Wirtschaftlichkeit, dagegen aber immer mehr die reine Fördermenge im Vordergrund stand, desto weniger Bedenken und Hemmnisse traten aus betriebstechnischer und -ökonomischer Sicht gegen den Masseneinsatz von ungelernten Zwangsarbeitern auf. Im Frühjahr 1944 beispielsweise hielten es die Mitglieder des Leistungsausschusses des westdeutschen Steinkohlenbergbaus und die Bergwerksdirektoren bei Krupp prinzipiell für möglich, den bisherigen Anteil der Ausländer an der Arbeiterbelegschaft von bisher im Durchschnitt des Ruhrbergbaus ca. 38 % auf 60 % und darüber hinaus zu steigern.¹¹⁷ Überlegungen oder Forderungen, den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Ruhrbergbau zu beschränken, ergaben sich weniger aus betriebstechnischer oder -ökonomischer Sicht, sondern, besonders seit dem Frühjahr 1944, eher aus der Perspektive der Ernährungssituation. Wenn die zur Verfügung stehende Nahrungsmenge nicht ausreichte, alle Ausländer leistungsfähig zu halten, forderte Emil Stein auf einer Hauptsozialausschusssitzung der Reichsvereinigung Kohle, dann sei es besser, nur mit 80 % der Ausländer zu arbeiten, diesen aber dafür eine bessere Ernährung zu geben.¹¹⁸

115 Vgl. die Niederschrift über die 106. Sitzung des Bergausschusses der GBAG am 20. 7. 1942, in: BBA 55/616.

116 Vgl. die Niederschrift über die 3. Zusammenkunft der Leistungskameradschaft II der Bezirksuntergruppe Dortmund am 16. 8. 1943, in: BBA 16/597.

117 Vgl. die Niederschrift der Direktorensitzung des Steinkohlenbergbaus von Krupp vom 8. 3. 1944, in: BBA 20/4.

118 Vgl. Vermerk über die Tagung des Hauptsozialausschusses der Reichsvereinigung Kohle am 16. und 17. 5. 1944, in: BBA 13/1790.

Formen der Arbeits- und Leistungserzwingung

Der so genannte „Russeneinsatz“ markierte in vielerlei Hinsicht einen Einschnitt in der Ausländerbeschäftigung des Ruhrbergbaus während des Zweiten Weltkrieges. Er bedeutete endgültig den allgemeinen Übergang der Ausländerbeschäftigung zur Zwangsarbeit, zugleich begann aber mit ihm auch der Versuch, den Ausländereinsatz zu rationalisieren und zu systematisieren. Die Notwendigkeit dazu ergab sich schon aus dessen quantitativen Dimensionen und damit aus der Bedeutung, die die Ausländerbeschäftigung und der „Russeneinsatz“ seit dem Frühjahr 1942 für die Sicherung und Steigerung der Kohlenproduktion gewannen. Bereits im Frühjahr 1942 konstituierte sich bei der Bezirksgruppe ein so genannter „Russenausschuss“, dessen Vorsitz der Generaldirektor der Gewerkschaft Rheinpreußen, Heinrich Kost, übernahm und der alle mit dem „Russeneinsatz“ auftretenden Fragen beratend behandeln sollte.¹¹⁹ Außerdem versuchte seit 1943 der Betriebsinspektor der Zeche Minister Achenbach (Gebrüder Stumm) in Brambauer, Betriebsinspektor Norkus, im Auftrag der Bezirksgruppe und der Reichsvereinigung Kohle systematisch, vorhandene Leistungsreserven beim „Russeneinsatz“ zu erschließen. Auch auf Werksebene wurden zumeist technische Angestellte freigestellt, um sich hauptsächlich oder ausschließlich mit Problemen des „Ausländereinsatzes“ zu beschäftigen.

Das einzige Ziel dieser Anstrengungen war die Steigerung der messbaren Arbeitsleistung der sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeiter“, oder in der Quellsprache formuliert, die geeigneten Mittel zu finden, möglichst viel aus den „Russen“ herauszuholen. Die hierzu eingeschlagenen Wege waren vielfältig und oft widersprüchlich und reichten über Bestrebungen des Ruhrbergbaus, die Ernährungs- und Lebenssituation der Kriegsgefangenen zu verbessern, über Anlern- und lohnpolitische Maßnahmen bis hin zu besonderen Formen der Organisation von Zwangsarbeit im „Russenstreß“. Die folgenden Bemerkungen umfassen keineswegs das ganze Feld der dahin zielenden Maßnahmen, sondern beschränken sich auf zwei Wege, den „Arbeitswillen“, um die nationalsozialistische Terminologie zu benutzen, vor allem der sowjetischen Zwangsarbeiter zu steigern: die Anwendung von unmittelbarer körperlicher Gewalt und Maßnahmen der Ernährungspolitik.

Die betrieblichen Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau waren bereits seit dem späten 19. Jahrhundert von rauen Umgangsformen insbesondere zwischen den Steigern und den Untertagebelegschaften geprägt, die nicht selten auch handfeste körperliche Auseinandersetzungen einschlossen.¹²⁰ Die Deutsche Arbeitsfront war 1933 zwar angetreten, den „Grubenmilitarismus“, der in den 1920er Jahren im Zuge der Rationalisierungsanstrengungen einen neuen Höhepunkt erlebt hatte, im Sinne der propagierten Betriebsgemeinschaft zu brechen, doch spätestens seit Kriegsbeginn vermerkten die zeitgenössischen Beobachter unter

119 Leider sind nur äußerst bruchstückhafte Überlieferungen über die Verhandlungen des „Russenausschusses“ vorhanden. Nach Anlegung der italienischen Militärinternierten wurde das Gremium in „Ausländerausschuss“ umbenannt.

120 Als konzisen Überblick zu den betrieblichen Arbeitsbeziehungen und zum „Grubenmilitarismus“ im Ruhrbergbau vgl. Helmuth *Trischler*: Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias *Frese* / Michael *Prinz* (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 145-171.

dem erhöhten Produktions- und Leistungsdruck eine erneute Verrohung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen unter Tage. So veranlasste die auffallende Zunahme von Tätlichkeiten insbesondere gegen Steiger den Düsseldorfer Inspekteur der Sicherheitspolizei im April 1940, eine beschleunigte Verfolgung und Bestrafung solcher Vergehen voranzutreiben.¹²¹ Auch vor diesem Hintergrund des Grubenmilitarismus verwundert es wenig, dass Misshandlungen und körperliche Gewalt insbesondere gegen sowjetische Kriegsgefangene, „Ostarbeiter“ und italienische Militärinternierte im Untertagebergbau häufig vorkamen und die Zwangsarbeiter unter der verbreiteten Auffassung, „dass Prügel im Bergbau zwangsläufig dazu gehöre“, besonders zu leiden hatten.¹²² Die Arbeitsleistung eines sowjetischen Kriegsgefangenen oder eines italienischen Militärinternierten wurde so oft genug tatsächlich mit Mitteln körperlicher Gewalt erzwungen. Es prügeln Steiger und andere Aufsichtspersonen, aber auch einfache Bergleute, die insbesondere gegenüber den ihnen unmittelbar unterstellten sowjetischen Zwangsarbeitern zu Vorgesetzten aufgerückt waren, deren Aufgabe es war, die Zwangsarbeiter auf Leistung zu bringen, und die dabei zum Teil zu Mitteln der physischen Gewalt griffen.¹²³

Die Bergwerksdirektionen versuchten durchaus, gegen solche Brutalisierungen der betrieblichen Arbeitsbeziehungen vorzugehen. Die Bergwerksdirektoren der Leistungskameradschaft Dortmund II befanden beispielsweise, dass das Schlagen der Russen grundsätzlich abgeschafft gehöre.¹²⁴ Diese oft bekundete Haltung vieler Bergwerksdirektionen war nicht zuletzt dadurch begründet, dass man in Prügeln kein besonders effizientes Mittel der Leistungserzwingung sah, weil der mangelnde „Arbeitswille“ insbesondere der sowjetischen Kriegsgefangenen vielfach auf deren erbärmlichen Ernährungs- und Gesundheitszustand zurückzuführen war. Bei dem unterstellten mangelnden „Arbeitswillen“ handelte es sich oft genug um absolute physische Unfähigkeit, noch Arbeit zu leisten, die durch Prügeln nicht zu beseitigen war.¹²⁵ Außerdem hatten dauernde Misshandlungen eine unmittelbare Gefährdung der Rekrutierung von zivilen Arbeitskräften aus der besetzten Sowjetunion zur Folge. Das Ruhrgebiet, wusste der von der Bezirksgruppe zur Koordinierung des „Russeneinsatzes“ bestellte Betriebsinspektor Norkus zu berichten, sei in den besetzten Ostgebieten wegen

121 Vgl. Oberbergamt Dortmund an sämtliche Bergrevierbeamte am 23. 4. 1940, in: STAMS Bergämter 11033. Im August 1939 allerdings bezeichnete das Bergamt Recklinghausen eine Tätlichkeit gegen einen Steiger noch als Seltenheit. Vgl. Bergamt Recklinghausen an Staatsanwaltschaft Essen am 11. 8. 1939, in: STAMS Bergämter 11033.

122 Vgl. das Zitat aus einem Bericht einer Kommission des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete von Ende 1942, die „Ostarbeiterlager“ in den Gauen Westfalen-Süd, Essen und Westfalen-Nord inspizierte, in: BBA 8/383.

123 Vgl. zur unmittelbaren Verantwortlichkeit des deutschen Bergmanns für die Leistung des ihm unterstellten Ausländers beispielsweise die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Wilhelmine Victoria am 15. 12. 1942, in: BBA 16/588.

124 Vgl. Niederschrift der Sitzung der Leistungskameradschaft Dortmund II vom 16. 8. 1943, in: BBA 16/596. Vgl. als weiteres Beispiel auch die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Caroline vom 17. 2. 1943, in: BBA 16/587.

125 Vgl. die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Minister Achenbach vom 20. 4. 1943, in: BBA 16/590. So auch das Wehrkreiskommando VI: „Eine Mehrleistung durch Verprügeln erzwingen zu wollen, ist angesichts der allgemeinen Entkräftung der sowjetischen Kriegsgefangenen meist (sic!) falsch.“ Vgl. Wehrkreiskommando VI an das Oberbergamt Dortmund am 10. 5. 1943.

der, so Norkus, „angeblichen“ schlechten Behandlung sowjetischer Arbeitskräfte geradezu verschrien.¹²⁶

Zu einer wirksamen Eindämmung der Misshandlungen führte die Haltung der Bergwerksdirektionen kaum, jedenfalls findet sich selbst in den Quellen der betrieblichen Bergbauverwaltungen diese Behauptung nirgendwo. Zwar führten exzessivere Gewaltanwendungen durchaus zu innerbetrieblichen Untersuchungen,¹²⁷ doch schwer wiegende Sanktionen hatten schlagende Steiger oder Bergleute kaum zu befürchten.¹²⁸ Zu wenigstens formalen Untersuchungen kam es nur, wenn die Misshandlungen eine längerfristige Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen zur Folge hatten, leichtere Gewaltanwendungen blieben hingegen völlig folgenlos. So war Gewaltanwendung zwar nach dem offiziellen Verhaltenskodex gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen verpönt, aber das Sanktionsrisiko bei entgegengesetzten Verstößen gegen die Richtlinien zur Kriegsgefangenenbehandlung, nämlich eine zu nachgiebige Haltung, war in der Regel sehr viel höher, auch was das Verhalten der Zechenleitungen bei solchen Verstößen betrifft. So zeigte beispielsweise die Direktion der zur I.G. Farben gehörenden Gewerkschaft Auguste Victoria in Hüls einen ihrer Hauer im August 1942 bei der Geheimen Staatspolizei an, weil er einen ihm zugeteilten sowjetischen Kriegsgefangenen, den er für zu schwach hielt, selbst nach Aufforderung des Steigers nicht zum Arbeiten anhielt, sondern lieber weiter selbst die Kohle schaufelte.¹²⁹

Die Misshandlungen der sowjetischen Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten führten u. a. zu scharfen Konflikten zwischen den Zechen und den für die Betreuung der Kriegsgefangenen zuständigen Wehrmachtsstellen, die einzelnen Zechen vorwarfen, Raubbau mit den Gefangenen zu treiben. Dies war wenigstens zum Teil darauf zurückzuführen, dass manche Offiziere auch in den sowjetischen Kriegsgefangenen noch so etwas wie „Schutzbefohlene“ sahen, jedenfalls beschwerten sich Zechen des Öfteren über eine angeblich zu milde Behandlung in den von der Wehrmacht kontrollierten Lagern,¹³⁰ zum Teil wollte man seine Disziplinalgewalt über die Kriegsgefangenen so gegen die Zechen verteidigen. In einigen Fällen drohte das Wehrkreiskommando Zechen an, ihnen künftig keine Kriegsgefangenen mehr zuzuweisen, was aber in keinem bekannten Fall tatsächlich die angedrohten praktischen Konsequenzen hatte.¹³¹ Inwiefern sich die zuständigen Wehrmachtsstellen als Schutzmacht der Kriegs-

126 Vgl. die Niederschrift über eine Sitzung der Leistungskameradschaft II Oberhausen am 16. 7. 1943, in: BBA 16/598. Vgl. dazu ebenso Ernst Buskühl auf einer Versammlung der Bergwerksdirektoren am 26. 9. 1942, in: BBA 13/1497.

127 Vgl. als Beispiel die Untersuchung gegen den Reviersteiger Erich Rothe wegen Misshandlung des italienischen Militärinternierten Leonardo Marostegan, in: BBA 54/570.

128 Nach Kriegsende wurden allerdings dann und wann Ermittlungen wegen Misshandlungen von Zwangsarbeitern durch Steiger und Bergleute auch durch das Oberbergamt durchgeführt. Vgl. ein Beispiel von der Recklinghäuser Zeche General Blumenthal vom Frühjahr 1946, in: STAMS Oberbergamt Dortmund 3240. Vgl. weiter auch zu einem anderen Fall Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, Sammlung Allekotte 68.

129 Vgl. Gewerkschaft Auguste Victoria, Bergassessor Schmid, an die Gestapo-Leitstelle Recklinghausen am 17. 8. 1942, in: STAMS Bergämter 11034.

130 Vgl. z. B. die Niederschrift über eine Betriebsbesprechung auf der Schachanlage Victor 3/4 am 31. 1. 1944, in: BBA 25/116.

131 Vgl. für das Beispiel der Zeche Sachsen der Reichswerke Hermann Göring in Heessen eine Aktennotiz über eine Besprechung des für den Kriegsgefangeneneinsatz zuständigen Verbindungsoffi-

gefangenen gegen Gewaltanwendung verstanden, verdeutlicht ein Schreiben der Lagerkommandantur des Stalag Hemer an das Dortmunder Oberbergamt, das prinzipiell das Verbot, Kriegsgefangene zu schlagen und zu misshandeln, bestätigte, aber Fälle nannte, wo, so das Schreiben, jede Rücksichtnahme aufhören und Gewaltanwendung geboten sei. Dazu gehöre in erster Linie die Notwehr gegenüber Angriffen von Kriegsgefangenen, worunter aber nicht nur tätliche Angriffe, sondern auch Angriffe gegen Besitz und Eigentum, vor allem aber Angriffe gegen „die Ehre oder das sittliche und vaterländische Gefühl des Angegriffenen oder die deutsche Wehrmacht oder führende Persönlichkeiten“ zu zählen seien. In diesen Fällen dürfe sich auch der einfache Bergmann mit Stock oder Werkzeug zur Wehr setzen. In Fällen von Arbeitsverweigerung könne man sich allerdings nicht auf das Notwehrrecht, sondern müsse sich auf Anordnungen höherer militärischer Dienststellen berufen und als bergmännischer Hilfswachmann dem einzelnen, eine Arbeit verweigernden Kriegsgefangenen mit Seitengewehr oder Kolben entgegentreten.¹³²

Die Anwendung körperlicher Gewalt gegen Zwangsarbeiter war so ein nahezu alltägliches Phänomen auf den Zechen, aber, wegen seiner Ineffektivität, kaum ein systematisch angewendetes Mittel der Leistungserzwingung. Hier erwiesen sich Methoden der Ernährungspolitik als wirkungsvoller. Schon die staatlich festgelegten Ernährungssätze für die seit Anfang 1942 angelegten „Ostarbeiter“ erwiesen sich als völlig unzureichend, um deren Arbeitsfähigkeit auch nur kurzfristig zu sichern.¹³³ Dieses Problem verschärfte sich noch bei Anlegung der sowjetischen Kriegsgefangenen, die bereits in einem völlig unterernährten Zustand, häufig von Hungerödemen gezeichnet, auf den Zechen eintrafen.¹³⁴ Forderungen des Ruhrbergbaus nach einer Anhebung der Ernährungssätze, um wenigstens auf niedrigstem Niveau eine einigermaßen kontinuierliche Arbeitsfähigkeit der sowjetischen Zwangsarbeiter zu sichern, begleiteten daher den „Russeneinsatz“ von Anfang bis Ende, ohne grundsätzlich etwas an dem erbarmungswürdigen Ernährungszustand insbesondere der sowjetischen Kriegsgefangenen zu ändern. Dieser führte beispielsweise dazu, dass die Kriegsgefangenen der Zeche Alte Haase in Bredenscheid regelmäßig Melasse und Hafer aus dem Pferdefutterwagen für die Grubenpferde zum eigenen Verzehr entwendeten.¹³⁵ Die tatsächliche Ernährungssituation der Zwangsarbeiter schwankte im Zeitverlauf und von Zeche zu Zeche oder von Bergbaustandort und Bergbau-

ziers der Bezirksgruppe Ruhr, Oberleutnant Goedecke, auf Zeche Sachsen am 16. 5. 1944, in: BBA 54/570.

132 Vgl. Lagerkommandantur Hemer an Oberbergamt Dortmund vom 21. 1. 1944, in: STAMS Bergämter 5884.

133 Vgl. z. B. die Niederschrift der Direktorenbesprechung des Krupp Bergbaus vom 14. 4. 1942, in: BBA 20/4.

134 Zum Ernährungszustand insbesondere der ersten im Ruhrbergbau eintreffenden sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. z. B. ein Schreiben der Gutehoffnungshütte an die Bezirksgruppe Ruhr vom 18. 8. 1942, in: BBA 16/588. Auf Wunsch des Ruhrbergbaus wurde daraufhin das Stalag in Hemer zu einem „Aufpappelungslager“ ausgebaut, in dem neu eintreffende sowjetische Kriegsgefangene vor ihrem Einsatz im Ruhrbergbau in ihrem Ernährungszustand „aufgepappelt“ wurden bzw. in dem von den Arbeitskommandos zurückgegebene Kriegsgefangene wieder für den Arbeitseinsatz „hochgepappelt“ wurden.

135 Die Reaktion der Zeche war, den Pferdefutterwagen fest zu verschließen, „damit die Pferde, die ihren Hafer verdienen, ihn auch wirklich bekommen“. Vgl. Niederschrift über die 1. Sitzung mit Kernmannschaften des Betriebes auf der Zeche Alte Haase am 8. 2. 1944, in: BBA 16/587.

standort wegen des unterschiedlichen Engagements der Zechen oder unterschiedlicher lokaler Versorgungslagen, aber selbst wenn ein sowjetischer Kriegsgefangener den ihm zustehenden Ernährungssatz vollständig erhielt, musste er Hunger leiden.¹³⁶

Die Mangelernährung der sowjetischen Zwangsarbeiter und später auch der italienischen Militärinternierten führte einerseits zu ernährungsphysiologischen Versuchen, die das Dortmunder Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Zusammenarbeit mit dem Ruhrbergbau durchführte und die angesichts mangelnder Nahrungsressourcen das Ziel verfolgten, das optimale Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Nährstoffzufuhr und Entwicklung der Arbeitsleistung bei Zwangsarbeitern zu ermitteln.¹³⁷ Andererseits ließ gerade die Mangelernährung die Option offen, Ernährung als Disziplinierungsmittel bzw. als Mittel zur Erzwingung von Arbeitsleistungen einzusetzen. Nicht nur der Arbeitskreis für Leistungssteigerung der Zeche Hugo hatte erkannt, dass für sowjetische Kriegsgefangene der größte Anreiz zur Erhöhung der Leistung die Aussicht auf größere Essensportionen sei.¹³⁸

So wurde die Ernährung der sowjetischen Zwangsarbeiter und später der italienischen Militärinternierten frühzeitig an deren Arbeitsleistung gekoppelt. Gute Arbeitsleistungen zahlten sich auf den meisten Zechen in zusätzlichen Lebensmitteln aus, die angesichts der viel zu geringen „Normalernährung“ aber notwendig waren, um halbwegs die Kräfte zu erhalten und damit in letzter Konsequenz das Überleben zu sichern. Angesichts der existenziellen Bedeutung solcher an die Arbeitsleistung gebundenen zusätzlichen Lebensmittel stellten diese kaum eine einfache Leistungsprämie – wie etwa die zusätzlichen Fischkonserven für deutsche Bergleute beim Verfahren von Sonntagsschichten – dar, sondern ein Mittel der Arbeits- und Leistungserzwingung.

Eine Möglichkeit, leistungsstarken Zwangsarbeitern zusätzliche Lebensmittel zu gewähren, war die aber immer schwieriger werdende Beschaffung nicht bewirtschafteter Lebensmittel; eine andere, die Lebensmittelzulagen für die leistungsstarken bei den Portionen für die leistungsschwachen Zwangsarbeiter einzusparen. Das Mittel der Rationskürzungen als Sanktion für singuläre Arbeitsverweigerungen, und darunter fielen auch auffallend schlechte Arbeitsleistungen, war im Ruhrbergbau allgemein verbreitet.¹³⁹ Unklar hingegen ist, wie weit

136 Einem unter Tage arbeitenden sowjetischen Kriegsgefangenen standen am Tag etwa 2 600 Kalorien zu. Nach der zeitgenössischen Ansicht der Ernährungsphysiologen betrug der Tagesbedarf eines Untertagearbeiters jedoch mindestens 4 000 Kalorien, vor Kriegsbeginn wurden sogar 5 000 Kalorien angegeben.

137 Erste ernährungsphysiologische Untersuchungsreihen mit sowjetischen Kriegsgefangenen wurden beispielsweise bei der Hibernia bereits im November 1942 angestrebt. Vgl. der Hilfsarbeiter der Zeche Schlägel & Eisen, Hugo Wittwer, an den Hibernia-Vorstand am 6. 11. 1942, in: BBA 32/651. Die ernährungsphysiologischen Untersuchungen mit Zwangsarbeitern kulminierten in der so genannten „Kraut-Aktion“, benannt nach dem Versuchsleiter beim KWI in Dortmund, vom Sommer 1944. Vgl. H. Kraut: Zweiter Bericht über den Ernährungsversuch an ausländischen Arbeitskräften vom 4. 11. 1944, in: BBA 10/525. Vgl. dazu auch Dietrich Eichholtz: Die „Krautaktion“. Ruhrindustrie, Ernährungswissenschaft und Zwangsarbeit 1944, in: Herbert (Hg.): Europa (wie Anm. 30), S. 270-294.

138 Vgl. die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Hugo am 3. 4. 1944, in: BBA 16/588.

139 Vgl. z. B. die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Caroline am 17. 2. 1943, in: BBA 16/587. Vgl. auch das Schreiben der Steinkohlegewerkschaft Reichswerke Hermann Göring an die Bezirksgruppe Ruhr vom 2. 11. 1942, in: BBA 16/590.

verbreitet systematische Formen der so genannten „Leistungsernährung“ waren, wie sie beispielsweise die Zeche der Essener Steinkohlenbergwerke Dahlhauser Tiefbau in Bochum-Dahlhausen im Mai 1943 anstrebte. Die Zeche plante, in diesem Falle ihre „Ostarbeiter“ in drei Leistungsgruppen einzustufen und danach auch die Verpflegungssätze zu regulieren.¹⁴⁰ Offiziell legitimiert wurden solche Formen der systematisierten Leistungsernährung erst mit dem Einsatz der italienischen Militärinternierten. Ein Führererlass verordnete, dass die Verpflegungsportionen an die Militärinternierten entsprechend ihrer Leistung ausgegeben werden sollten, wobei die bei den Arbeitern mit geringer Leistung eingesparten Portionen den Arbeitern mit guter Leistung zugute kommen sollten. Die Heessener Zeche Sachsen der Reichswerke Hermann Göring hatte zu diesem Zweck die italienischen Militärinternierten entsprechend in drei Leistungsgruppen eingeteilt und war bei den sowjetischen Kriegsgefangenen ebenso vorgegangen, obgleich, wie man vermerkte, für diese eine legitimierende Verfügung nicht bestand. Die Leistungsernährung habe sich bereits günstig auf die Leistung der Ausländer ausgewirkt.¹⁴¹

Eine Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht vom August 1944 legitimierte ein solches Vorgehen schließlich auch für die sowjetischen Kriegsgefangenen.¹⁴² Eine solche Ernährungspolitik konnte in der Praxis über die Erzwingung von Arbeitsleistungen noch hinausgehen und zu einer systematischen Selektion leistungsschwacher Zwangsarbeiter führen. Denn in der Konsequenz musste der systematische Entzug von Nahrungsmitteln für leistungsschwache Zwangsarbeiter, die gerade zumeist aufgrund ihrer Unterernährung so schwach waren, zu deren vollständiger Arbeitsunfähigkeit und zur Rückführung in das Stalag Hemer im Tausch gegen neue Kriegsgefangene führen. Für die betroffenen Kriegsgefangenen konnte dies unterschiedliche Folgen haben: Nicht wenige waren in ihrer Gesundheit so stark geschädigt, dass sie im Lager an Unterernährung oder Infektionserkrankungen starben, andere konnten so weit wiederhergestellt werden, dass sie in den Bergbau zurückgeschickt werden konnten, und manche schließlich wurden aufgrund dauerhafter Bergbauuntauglichkeit in andere Wirtschaftsbereiche entlassen. Wie weit diese extrem scharfe und selektive Form von Zwangsarbeit im Ruhrbergbau tatsächlich verbreitet war, lässt sich nach jetzigem Kenntnisstand kaum entscheiden.

V. Zusammenfassung

Der sich seit 1937 im Ruhrbergbau bemerkbar machende Arbeitskräftemangel führte dazu, dass bereits vor Kriegsbeginn die Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch ausländische Arbeiter in das Blickfeld geriet. In größerem Umfang wurden aber erst seit dem Frühjahr 1940 so genannte „Fremdarbeiter“ auf den

140 Vgl. die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Ver. Dahlhauser Tiefbau vom 27. 5. 1943, in: BBA 16/587. Vgl. ebenfalls die Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises für Leistungssteigerung der Zeche Minister Achenbach vom 19. 3. 1943, in: BBA 16/590.

141 Vgl. das Protokoll der Vertrauensratssitzung der Zeche Sachsen vom 24. 6. 1944, in: BBA 54/502.

142 Vgl. das Schreiben der Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums an das Oberbergamt Dortmund vom 17. 8. 1944, in: BBA 54/4.

Schachtanlagen des Ruhrbergbaus angelegt. Bis zum Ende des Jahres 1941 erfolgte die Ausländerrekrutierung fast ausschließlich über spezielle so genannte „Sonderaktionen“, bei denen entweder Arbeitskräftekontingente auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen in befreundeten bzw. neutralen Staaten geworben oder Arbeitskräfte auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen durch besondere Werbekommissionen in den von Deutschland besetzten Gebieten rekrutiert wurden.

Der Ruhrbergbau stand der Ausländerrekrutierung anfänglich aus verschiedenen Gründen eher skeptisch gegenüber, vor allem weil er dadurch die Gefahr eines dauerhaften und leistungsschwachen „Ausländerbergbaus“ heraufbeschworen sah. Seit dem Spätsommer 1940, nachdem die Rekrutierung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten in Nordfrankreich und Belgien noch einmal zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über den „Ausländereinsatz“ geführt hatte, war jedoch der Weg zur Ausländerbeschäftigung unter der Voraussetzung beschritten, dass sie lediglich eine vorübergehende und möglichst weitgehend zu beschränkende Notmaßnahme darstellte.

Der Ruhrbergbau zeigte zunächst keine besondere Präferenz für eine Ausländerbeschäftigung unter den Bedingungen von Zwangsarbeit. Auch wenn über die scharf diskriminierende Behandlung der Polen ein breiter, auch rassistisch motivierter Konsens bestand, versprach man sich innerhalb des Ruhrbergbaus zunächst von Arbeitskräften, die auf freiwilliger Basis geworben und unter den Bedingungen wenigstens elementarer Freizügigkeitsrechte beschäftigt waren, bessere Arbeitsleistungen. Dies erwies sich allerdings aus der Perspektive des Ruhrbergbaus insbesondere angesichts der übergroßen Fluktuation der ausländischen Arbeitskräfte durch Kontraktbrüche als Trugschluss, so dass man zunehmend für Verschärfungen der Bedingungen der Ausländerbeschäftigung eintrat.

Der so genannte „Russeneinsatz“ seit Beginn des Jahres 1942 markierte den endgültigen Übergang der Ausländerbeschäftigung sowohl zum Masseneinsatz als auch zur Zwangsarbeit. Auf dem Höhepunkt im September 1944 waren über 160 000 ausländische Arbeitskräfte auf den Zechen des Ruhrgebiets beschäftigt, der weit überwiegende Teil aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion und hier wiederum ganz überwiegend als Kriegsgefangene. Insgesamt lässt sich die Zahl der im Ruhrbergbau während des Zweiten Weltkrieges eingesetzten Ausländer auf ca. 350 000 schätzen.

Der „Russeneinsatz“, insbesondere der Einsatz von Kriegsgefangenen, war für den Ruhrbergbau mit der Erwartung verbunden, die ständige Fluktuation unter den ausländischen Arbeitskräften einzuschränken. Trotz der geringen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Kriegsgefangenen, insbesondere infolge ihrer völlig unzureichenden Ernährung, setzte der Ruhrbergbau immer stärker auf den „Russeneinsatz“, um die geforderte Höhe der Kohlenförderung halten bzw. erreichen zu können. Die Zwangsarbeit der sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeiter“, aber auch der italienischen Militärinternierten war zugleich durch physische Gewalt geprägt, vor allem aber realisierte sie sich in der so genannten Leistungsernährung, die eine die physische Existenz wenigstens auf niedrigem Niveau sichernde Ernährung an eine ausreichende Arbeitsleistung band.